

# Herausforderungen und Chancen der akademischen Kooperation mit Staaten des postsowjetischen Raums

Abschlusspapier des Wissenschaftlichen Ausschusses  
des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)

**Dezember 2025**

**Mitglieder des Ausschusses:**

Prof. Dr. Martin Schulze Wessel (Sprecher)	Ludwig-Maximilians-Universität München
Prof. Dr. Christian Brauweiler	Westfälische Hochschule Zwickau
Dr. Sabine Fischer	Stiftung Wissenschaft und Politik
Prof. Dr. Susanne Frank	Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Andrea Gawrich	Justus-Liebig-Universität Gießen
Prof. Dr. Barbara Janusz-Pawletta	International Water Management Institute
Dr. Randolph Oberschmidt	Universität Kassel
Prof. Dr. Alexander Wöll	Universität Potsdam

**Wissenschaftliche Mitarbeiterin:**

Martha Schmidt

## Inhalt

Einleitung .....	4
Ukraine .....	6
Überblick.....	6
Bestandsaufnahme vor der russischen Vollinvasion: Verstärkte Internationalisierung bei anhaltenden Schwächen in Wissenschaft und Hochschulbildung .....	6
Auswirkungen der russischen Vollinvasion: Dramatische Situation in Forschung und Lehre trotz starker internationaler Unterstützung.....	7
Perspektiven auf die deutsch-ukrainische akademische Zusammenarbeit .....	8
Literatur .....	9
Republik Moldau.....	11
Überblick.....	11
Entwicklung des moldauischen Hochschulsystems im Kontext des Bologna-Prozesses.....	11
Entwicklungen nach 2022: Verstärktes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Moldau .....	12
Perspektiven auf die deutsch-moldauische akademische Kooperation.....	13
Literatur .....	13
Südkaucasus.....	15
Überblick.....	15
Heterogenität der Wissenschafts- und Hochschullandschaft im Südkaukasus.....	15
Jüngste Entwicklungen unter neuen politischen Rahmenbedingungen .....	16
Perspektiven für die akademische Kooperation mit den südkaukasischen Ländern.....	18
Literatur .....	19
Zentralasien .....	21
Überblick.....	21
Ausgangslage: Herausforderungen für das Wissenschafts- und Hochschulbildungssystem .....	21
Verstärktes Interesse an Kooperation mit zentralasiatischen Staaten als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine .....	22
Perspektiven für die akademische Kooperation mit zentralasiatischen Ländern.....	24
Literatur .....	25
Russland und Belarus.....	26
Überblick.....	26
Abbruch der Wissenschaftsbeziehungen als tiefer Einschnitt in der akademischen Kooperation ....	26
Die Lage von Wissenschaft und Hochschulbildung in Belarus und Russland.....	27
Anhaltende Konfrontation als wahrscheinliche Konstante.....	29
Literatur .....	30
Abschließende Bemerkungen zur Rolle von deutschen Hochschulen .....	32
Anhang.....	34

## Einleitung

Die Stellungnahme basiert auf einer zweijährigen Kooperation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die als Ausschuss des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) die Umbrüche in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands mit den postsowjetischen Staaten seit der russischen Völlinvasion der Ukraine 2022 untersucht und die wissenschaftspolitische Entwicklung dieser Länder analysiert haben. Auf dieser Grundlage gibt der Ausschuss Handlungsempfehlungen, die sich an Akteure im Bereich der Wissenschaft und der Wissenschaftspolitik richten. Der DAAD setzte den Ausschuss im November 2023 ein.

In diesem Papier wird der Begriff des „postsowjetischen Raums“ dekonstruiert, indem der Fokus auf regionale Entwicklungen in der Ukraine, Moldau, Zentralasien und im Südkaukasus sowie in Russland und Belarus gelegt wird. Zentrales Thema ist die Neuorientierung deutscher Wissenschaftspolitik in einem Umfeld geopolitischer Konfrontation. Aus dem Papier lassen sich mehrere übergreifende Schlussfolgerungen ziehen, die die wissenschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit den Staaten des postsowjetischen Raums grundlegend neu definieren.

Erstens markiert der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine eine Zeitenwende in der europäischen und weiteren westlichen Wissenschaftspolitik. Diese Feststellung hat seit dem Februar 2022 nicht an Dringlichkeit verloren. Im Gegenteil stehen Deutschland und die europäische Staatengemeinschaft heute einer Herausforderung durch die expansive russische Hegemonialpolitik gegenüber, die ihre Sicherheit und Freiheit unmittelbar bedroht. Wissenschaftskooperation kann in dieser Weltlage nicht mehr, wie es bis kurz vor der russischen Völlinvasion der Fall war, als Faktor verstanden werden, der aus seiner eigenen Logik zu Annäherung und Verständigung über politische Gegensätze hinweg führt. Auch die Vorstellung, dass Science Diplomacy in der gegebenen Situation die Rolle einer stellvertretenden Außenpolitik spielen könnte, die unterhalb der Schwelle von offizieller Außenpolitik die Möglichkeit der Annäherung mit einem Aggressor ausloten könnte, ist illusionär und politisch schädlich (vgl. Schütte 2022, Schulze Wessel 2025). Es kann keine Kooperation mit Staaten geben, die völkerrechtswidrige Kriege führen oder direkt unterstützen. Dementsprechend ist der Abbruch der institutionellen Wissenschaftsbeziehungen zu Belarus und Russland unter den aktuellen Umständen richtig.

Akademische Kooperation wird zunehmend zu einem Instrument geopolitischer Positionierung und kann nicht mehr losgelöst von sicherheits- und wertepolitischen Fragen betrachtet werden. In Bezug auf die Ukraine ergeben sich daraus klare Folgerungen für die Politik: Die Ukraine verteidigt im gegenwärtigen Krieg nicht nur ihre eigene Freiheit und Integrität, sondern auch die europäische Sicherheit. Die Bundesregierung hat daraus die Folgerung gezogen, die Ukraine mit erheblichen finanziellen und militärischen Mitteln zu unterstützen. Weitsichtige Wissenschaftspolitik muss diesen Kurs flankieren und durch nachhaltig angelegte Kooperation die Strukturen in Forschung und Lehre in der Ukraine unterstützen.

In anderen Regionen des postsowjetischen Raums stehen geopolitische Interessen und Wertefragen oftmals zueinander in Spannung, wie es vor allem in Bezug auf Zentralasien und zum Teil auch den Südkaukasus festzustellen ist. Da, wo Wissenschaftskooperation aus geopolitischem Interesse oder auch aus eigenen Interessen der Wissenschaft in Deutschland geraten erscheint, darf jedoch nicht die Grenze überschritten werden, autoritäre Regime durch öffentlich zelebrierte Kooperation zu legitimieren. In Kontexten zunehmender Autokratisierung müssen deutsche Akteure sorgfältig abwägen, wie Kooperation gestaltbar ist, ohne autoritäre Strukturen zu unterstützen.

Zweitens zeigt sich, dass eine differenzierte Regionalpolitik notwendig ist. Der „postsowjetische Raum“ als einheitliche Bezugsgröße hat analytisch und politisch ausgedient. Zweifellos sind alle Länder des betrachteten Raums auf eine oder andere Weise durch die sowjetische Vergangenheit mitgeprägt. Doch hat auch die sowjetische Wissenschaftspolitik regionale Differenzen selbst hervorgebracht. So ist das heute vergleichsweise wenig entwickelte Hochschulsystem in der Republik Moldau eine Folge der gezielten sowjetischen Politik, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion über intellektuelle und akademische Entwicklung zu stellen. Eine ähnliche Politik betrieb die Sowjetunion gegenüber Kirgisistan, Turkmenistan, Tadschikistan und Aserbaidschan (vgl. Froumin/Platonova/Semyonov 2016). Seit 1991 haben sich die Länder, die einst zur Sowjetunion gehörten, auch wissenschaftlich und wissenschaftspolitisch in sehr unterschiedlicher Weise entwickelt.

Statt des homogenisierenden Konzepts vom postsowjetischen Raum braucht es neue Raumkategorien und daraus folgende flexible, regional angepasste Strategien: intensive Unterstützung und Wiederaufbauhilfe für die Ukraine, institutionelle Strukturförderung in Moldau, wertebewusste und langfristige Partnerschaften in Zentralasien, differenzierte Ansätze im Südkaukasus sowie eine klare Abgrenzung gegenüber Russland und Belarus.

Drittens sollten Nachhaltigkeit, Strukturbildung und Kapazitätsaufbau Vorrang vor kurzfristigen Projekten haben. Kooperation darf nicht nur auf Mobilität, sondern muss ebenso auf institutionellen Wandel, Reformunterstützung und den Aufbau regionaler Netzwerke zielen.

#### Literatur

Froumin, Isak/Platonova, Daria/Semyonov, Dmitry (Hrsg.) (2016): Higher Education Landscape in Post-Soviet Countries. In: Higher Education in Russia and Beyond. URL: [https://herb.hse.ru/data/2016/06/09/1116816162/1HERB\\_08\\_view.pdf](https://herb.hse.ru/data/2016/06/09/1116816162/1HERB_08_view.pdf), letzter Zugriff: 27.11.2025

Schütte, Georg (2022): Wie sollten die internationalen wissenschaftlichen Beziehungen künftig gestaltet sein? Perspektiven des Generalsekretärs der VolkswagenStiftung. In: Aus Forschung & Lehre, 7/22. URL: <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/zeitenwende-in-der-wissenschaftsdiplomatie-4855>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

Schulze Wessel, Martin (2025): Antagonistische Wissenschaftskooperation im Kalten Krieg. In: Nickelsen, Kärin (Hrsg.): Kooperation und Konkurrenz in den Wissenschaften. Baden-Baden: Nomos. S. 147-168.

## Ukraine

### Überblick

Unter Kriegsbedingungen zeichnet sich das ukrainische Wissenschafts- und Hochschulsystem durch einen hohen Grad an Resilienz aus, die auch als Ergebnis einer deutlichen Zunahme internationaler Kooperationen und Förderprogramme zu betrachten ist. Die akademische Kooperation zwischen Deutschland und der Ukraine ist aktuell so stark wie noch nie. Angesichts der instabilen Lage in der Ukraine gilt es, sowohl kurzfristig gezielte Unterstützung für ukrainische Forschende und Studierende fortzuführen als auch mittel- bis langfristig den Aufbau nachhaltiger Wissenschafts- und Hochschulstrukturen in der Ukraine zu unterstützen. Die deutsch-ukrainische akademische Zusammenarbeit sollte dabei zur Integration der Ukraine in den Europäischen Forschungs- und Hochschulraum beitragen.

### Bestandsaufnahme vor der russischen Völlinvasion: Verstärkte Internationalisierung bei anhaltenden Schwächen in Wissenschaft und Hochschulbildung

Die Situation des ukrainischen Wissenschaftssystems und der Hochschulbildung vor dem Beginn der russischen Invasion zeigt ein gemischtes Bild in Bezug auf Qualität und Vernetzung im internationalen Wissenschafts- und Hochschulraum. Die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind seit 2003 stetig gesunken und lagen im Jahr 2021 bei 0,29 % des Bruttoinlandsprodukts (EU-Durchschnitt 2021: 2,27 %)¹. Trotz dieser Negativentwicklung kommt eine OECD-Studie zu dem Ergebnis, dass die Qualität und internationale Anerkennung der ukrainischen Wissenschaft vor der russischen Völlinvasion gestiegen sind. Dies lasse sich unter anderem daran ablesen, dass der Anteil von ukrainischen Publikationen an den am häufigsten zitierten Fachpublikationen zuletzt zugenommen habe (vgl. OECD 2022: 3).

Die akademische Welt ist weiterhin von einer starken Trennung zwischen Forschung und Lehre geprägt. Kooperationen zwischen Forschungsinstituten und Universitäten sind selten (vgl. Bezvershenko/Kolezhuk 2022, S. 394) und Universitäten werden primär als Ausbildungsstätten wahrgenommen (vgl. Kahanec et al. 2022, S. 347). Eine zentrale Herausforderung, die sich auch daraus ergibt, dass Hochschulen nur selten in der Lage sind, eine Ausbildung auf global wettbewerbsfähigem Niveau anzubieten, ist der Braindrain. So nehmen die Zahlen von ukrainischen Studierenden, die im Ausland, insbesondere in Polen, einen Studienabschluss erwerben, seit 2013 stark zu (vgl. Science at Risk 2023). Aufgrund niedriger Gehälter, geringen Prestiges und instabiler Beschäftigungsverhältnisse verlassen auch viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Ukraine (vgl. ebd.).

Seit der Krimannexion und dem Beginn des Kriegs im Osten der Ukraine im Jahr 2014 stellt sich die Ukraine in der internationalen akademischen Kooperation neu auf. Während die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Russland zurückging, ist eine verstärkte Hinwendung zu den Ländern der Europäischen Union, insbesondere zu Polen und Deutschland, zu beobachten. Russland nahm zwar im Jahr 2020 immer noch den zweiten Platz bei den wichtigsten wissenschaftlichen Kooperationspartnern (gemessen an den gemeinsam veröffentlichten Papieren) ein, Polen lag allerdings auf dem ersten und Deutschland auf dem dritten Platz (vgl. OECD 2022, S. 4). Seit 2016 nimmt die Ukraine am

---

¹ Daten der Weltbank: Research and development expenditure (% of GDP), URL: <https://data.worldbank.org/indicator/GB.XPD.RSDV.GD.ZS?locations=UA&view=chart>, letzter Zugriff: 24.10.2025; eurostat: EU expenditure on R&D reaches 352€ billion in 2022, URL: <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20231201-2>, letzter Zugriff: 24.10.2025.

Forschungsförderprogramm der EU „Horizon 2020“ (Nachfolger: „Horizon Europe“) teil und ist im EURATOM-Programm assoziiert. Trotz einer stärkeren Anbindung an EU-Programme ist die Integration in den Europäischen Forschungsraum aufgrund eines fehlenden strategischen Ansatzes der ukrainischen Regierung allerdings nur langsam vorangeschritten (vgl. Bezvershenko/Kolezhuk 2022, S. 396 f.).

Über die Möglichkeiten im Rahmen des Europäischen Forschungsraums hinaus entwickelt sich die akademische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Ukraine dynamisch. Mit einer Fördermaßnahme aus dem Jahr 2016 strebte das damalige Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eine strukturelle und strategische Unterstützung der ukrainischen Wissenschaftslandschaft an. 2019 wurde ein Aufruf des BMBF zur Förderung von deutsch-ukrainischen Exzellenzkernen veröffentlicht, der allerdings bis zum Jahr 2023 nicht in die finale Phase kam. Auch der DAAD unterstützte mit Projekten ab 2019 die Internationalisierung der ukrainischen Hochschulen. Die Anzahl ukrainischer Studierender an deutschen Hochschulen hat sich allerdings laut Daten des HSI-Monitors zufolge von 2008 bis 2022 kaum entwickelt<sup>2</sup>. Dem gegenüber ist die Kooperation zwischen ukrainischen und deutschen Universitäten gestiegen, von 178 Kooperationen im Jahr 2013 auf 227 im Jahr 2021.

### Auswirkungen der russischen Völlinvasion: Dramatische Situation in Forschung und Lehre trotz starker internationaler Unterstützung

Bereits seit 2014 sind Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den besetzten Gebieten der Ostukraine und der Krim starken Einschränkungen in Forschung und Lehre ausgesetzt. Seit Beginn der russischen Völlinvasion leidet die ukrainische Forschungs- und Hochschullandschaft insbesondere unter drei Entwicklungen: Erstens wiegt der Verlust an Humankapital schwer. Einer UNESCO-Studie zufolge waren bis Januar 2024 12 % der ukrainischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gezwungen, zu emigrieren oder als Binnenvertriebene den Wohnort zu wechseln. Insgesamt haben 1.518 Personen ihre wissenschaftliche Arbeit aufgegeben, um in der Armee zu dienen. Zweitens wird die wissenschaftliche Infrastruktur zerstört. Bis Januar 2024 wurden 1.443 Gebäude von Forschungsinstituten und Hochschulen beschädigt oder vollständig zerstört; 643 Forschungsgeräte sind durch Schädigung unbrauchbar geworden. Drittens führt der Abwehrkampf zu weiteren finanziellen Einschränkungen für die Wissenschaft und Hochschulbildung. So hat sich beispielsweise das Budget der Nationalen Akademie der Wissenschaften zwischen 2021 und 2023 fast halbiert (vgl. UNESCO 2024).

Die Kriegssituation in der Ukraine führt darüber hinaus zu Herausforderungen für die internationale Kooperation. Persönliche Begegnungen mit internationalen Partnern oder Auslandsaufenthalte für Studierende sind stark reduziert. Programme zum Wissenschaftsaustausch können nicht mehr vor Ort stattfinden – so hat auch der DAAD die Lektorate in der Ukraine zu „Online-Lektoraten“ umgewandelt. Angesichts dieser Schwierigkeiten ist es nicht verwunderlich, dass die Anzahl an Artikeln der Nationalen Akademie der Wissenschaften in internationalen Fachzeitschriften zwischen 2021 und 2023 um 7 % gesunken ist, bei Monografien mit internationaler Kooperation sogar um 33 % (vgl. UNESCO 2024).

Gleichzeitig lässt sich allerdings ebenfalls feststellen, dass das ukrainische Hochschul- und Wissenschaftssystem angesichts der dramatischen Lage eine enorme Resilienz bewiesen hat, insbesondere im Osten des Landes (vgl. Klein 2025). Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass die

---

<sup>2</sup> HSI-Monitor, Profildaten zur Hochschulinternationalität, URL: <https://www.hsi-monitor.de/>.

internationale Unterstützung für die ukrainische Wissenschaft seit der Vollinvasion deutlich gestiegen ist (vgl. Yevstiunina/Folhina/Schmädeke 2023). Fördermittel, Stipendien und gemeinsame Projekte mit ukrainischen Partnern sind auf einem vor der Vollinvasion ungekannten Niveau. Deutsche Forschungsinstitute haben diverse Programme zur Unterstützung von in der Ukraine verbliebenen Forscherinnen und Forschern, aber auch zur Unterstützung von geflohenen ukrainischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Studierenden aufgelegt. Ihre Relevanz wird umso deutlicher angesichts folgender Zahlen: Laut Angaben des BMBF sind seit 2022 mehr als 1.000 ukrainische Forscherinnen und Forscher nach Deutschland geflüchtet; damit ist Deutschland das Land, das weltweit die meisten ukrainischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufgenommen hat. Außerdem studierten dem HSI-Monitor zufolge 2023 über 9.000 Ukrainerinnen und Ukrainer an deutschen Universitäten.

Über die mannigfaltigen Hilfeleistungen hinaus hat auch die wissenschaftliche Kooperation zwischen Deutschland und der Ukraine nach Beginn der russischen Vollinvasion einen starken Bedeutungsgewinn erfahren, der sich anhand von konkreten Projekten und Förderungen nachvollziehen lässt. Im März 2023 wurde eine neue Förderrichtlinie des BMBF zur Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit mit der Ukraine veröffentlicht. Im Oktober desselben Jahres fiel die Entscheidung für die Förderung von vier deutsch-ukrainischen Exzellenzkernen. Der dorthin führende Prozess war bereits 2019 angestoßen worden. Die im Oktober 2024 unterzeichnete Erklärung zur Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit (WTZ) zwischen Deutschland und der Ukraine ging einen großen Schritt über eine entsprechende Erklärung aus dem Jahr 1993 hinaus. Seit Juli 2025 wird ein deutsch-ukrainisches Hochschulnetzwerk aufgebaut. Das Wissenschaftskolleg zu Berlin hat im September 2023 gemeinsam mit ukrainischen und internationalen Partnern das Virtual Ukraine Institute for Advanced Study (VUIAS) gegründet, das nach Kriegsende institutionell in Kyjiw angesiedelt wird. Das VUIAS unterstützt ukrainische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter Kriegsbedingungen, unter anderem durch eine stärkere internationale Einbindung.

Während die Arbeit vor Ort in der Ukraine unmittelbar nach der Vollinvasion stark gelitten hat, kehren einige internationale Wissenschaftsorganisationen mit einer Präsenz in die Ukraine zurück. Im Dezember 2023 eröffnete die EU-Kommission ein Büro des Forschungsförderprogramms „Horizon Europe“ in Kyjiw, um vor Ort über die Möglichkeiten der Teilnahme am Programm zu informieren. Auch der DAAD ist seit Oktober 2024 wieder mit einem Informationszentrum in Kyjiw vertreten. Die Max Weber Stiftung baut zurzeit eine Forschungsstelle in Lwiw auf, die sich der transnationalen Geschichte der Ukraine widmen wird. Der persönliche Austausch ist also auch in Kriegszeiten wieder möglich.

### [Perspektiven auf die deutsch-ukrainische akademische Zusammenarbeit](#)

Während die wissenschaftliche Arbeit und das Studieren in der Ukraine unter dramatischen Bedingungen stattfinden müssen, ist die akademische Kooperation mit Deutschland so stark wie noch nie. Eine verstärkte akademische Zusammenarbeit mit der Ukraine ist von deutscher Seite in erster Linie in Reaktion auf die veränderte (geo-)politische Situation in der Ukraine erfolgt. Seit 2014 wurde die akademische Kooperation kontinuierlich intensiviert und erreichte nach der Vollinvasion ein bisher unerreichtes Niveau, sowohl in qualitativer als auch in finanzieller Hinsicht. Der Zusammenhang zwischen veränderter geopolitischer Lage und der Intensivierung der akademischen Kooperation macht deutlich, dass letztere über die wissenschaftsintrinsische Motivation hinaus eine Rolle für Deutschlands Beziehungen zu und Unterstützung für die Ukraine spielt. So kann Wissenschaft eine

zentrale Rolle beim Wiederaufbau spielen (vgl. Bezvershenko/Kolezhuk 2022). Ein umfassender Ansatz, der auch die positiven Wirkungen wissenschaftlicher Zusammenarbeit über den Erkenntnisgewinn hinaus in den Blick nimmt, erscheint im Fall der Ukraine geboten.

Angesichts der äußerst instabilen Lage in der Ukraine müssen sowohl kurz- als auch mittel- als auch langfristige Überlegungen in die Gestaltung der akademischen Kooperation einbezogen werden. Viele ukrainische Forschende in Deutschland sind durch das Auslaufen von kurzfristigen Förderprogrammen, die nach dem Beginn der Völlinvasion aufgesetzt wurden, in einer prekären Situation (vgl. Schymura 2025). Die unmittelbare Unterstützung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende ist zentral und wird auf absehbare Zeit auch notwendig bleiben. Durch die russische Völlinvasion hat sich die ohnehin teils prekäre Situation des ukrainischen Wissenschafts- und Hochschulbildungssystems weiter verschärft.

Eine zentrale Herausforderung bleibt die Eindämmung des Braindrains (vgl. Rabinovych 2024, S. 20). Ukrainische Forscherinnen und Forscher sprechen sich daher für gezielte Rückkehrangebote für geflohene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie eine nachhaltige Unterstützung von Forschung und Lehre vor Ort aus. Deutsche Akteure im Wissenschafts- und Hochschulbereich sollten diese Forderungen berücksichtigen und ihre Fördermaßnahmen entsprechend anpassen. Förderkooperationen mit offiziellen Stellen und privaten Partnern in der Ukraine könnten in diesem Zusammenhang einen zusätzlichen Gewinn darstellen und den Aufbau einer nachhaltigen Förderstruktur unterstützen. Einen interessanten Ansatzpunkt stellt außerdem das sogenannte Tandem-Programm dar, bei dem Partnerschaften zwischen ukrainischen und westlichen Universitäten eingegangen werden. Insbesondere in den Naturwissenschaften könnte dieser Ansatz sinnvoll sein, da ukrainische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angesichts der Zerstörung wissenschaftlicher Infrastruktur in der Ukraine auf diese Weise den dringend benötigten Zugang zu technischen Geräten erhalten könnten.

Gleichzeitig stellt die akademische Kooperation zwischen Deutschland und der Ukraine auch einen Ausgangspunkt für die ukrainische Integration in den Europäischen Forschungsraum dar. Bilaterale Projekte können hier eine Heranführung ermöglichen und die vor dem Beginn der Völlinvasion schleppende Integration in den Europäischen Forschungsraum unterstützen. Die Integration in diesem Politikbereich ist wiederum langfristig eine wichtige Grundlage für die EU-Integration der Ukraine.

Trotz – und auch aufgrund – der Krisensituation kann die Ukraine mittel- bis langfristig als Innovationspartnerin für Deutschland fungieren. Die ukrainische Hochschulbildung und Forschung ist spätestens seit der russischen Völlinvasion in einer sehr spezifischen Situation. Der Umgang mit den veränderten Gegebenheiten kann ebenfalls für das deutsche akademische System interessante Ansatzpunkte bieten. So könnten beispielweise die Erfahrungen der Ukraine mit Online-Lehre, aber auch mit der hybriden Durchführung von Forschungskonferenzen Impulse für die Nutzung in Deutschland geben. Auch auf inhaltlicher Ebene kann die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des Wiederaufbaus neue Blickwinkel für deutsche Kontexte bieten, beispielsweise in den Klima- und Umweltanpassungen. Eine nicht zu vernachlässigende Chance liegt also in einer akademischen Zusammenarbeit, die auf Augenhöhe stattfindet und den gegenseitigen Austausch von Wissen und Innovationen fördert.

## Literatur

Bezvershenko, Yuliia/Kolezhuk, Oleksiy (2022): Transforming Ukraine's research and development to become a driving force of reconstruction. In: Gorodnichenko, Yuriy/Sologoub, Ilona/Weder di

- Mauro, Beatrice (Hrsg.): Rebuilding Ukraine: Principles and policies. London: CEPR Press. S. 385-414. URL: [https://cepr.org/system/files/publication-files/178114-paris\\_report\\_1\\_rebuilding\\_ukraine\\_principles\\_and\\_policies.pdf](https://cepr.org/system/files/publication-files/178114-paris_report_1_rebuilding_ukraine_principles_and_policies.pdf), letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Kahanec, Martin et al. (2022): Education reforms during and after the war. In: Gorodnichenko/Sologoub/Weder di Mauro (Hrsg.): Rebuilding Ukraine: Principles and policies. London: CEPR Press. S. 323-360. URL: [https://cepr.org/system/files/publication-files/178114-paris\\_report\\_1\\_rebuilding\\_ukraine\\_principles\\_and\\_policies.pdf](https://cepr.org/system/files/publication-files/178114-paris_report_1_rebuilding_ukraine_principles_and_policies.pdf), letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Klein, Eduard (2025): Von der Revolution zur Resilienz: Die Transformation des ukrainischen Hochschulsektors in Zeiten von Krise und Krieg. In: Ukraine-Analysen, 318, S. 2-7. <https://doi.org/10.31205/UA.318.01>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- OECD (2022): The future of science in Ukraine: Actions now will affect post-war recovery. URL: <https://www.oecd.org/ukraine-hub/policy-responses/the-future-of-science-in-ukraine-afbd05df/>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Rabinovych, Maryna (2024): Structural Challenges of the Ukrainian Academic System. In: Mierau, Julia (Hrsg.): Science at Risk: Academia in Ukraine in Times of War: Understanding the Status-Quo, Challenges and Support Needs, 11/2024, S. 9-21. URL: <https://science-at-risk.org/wp-content/uploads/2025/11/science-at-risk-monitoring-report-ukraine-2024-web.pdf>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Schymura, Julia (2025): Wie geht es ukrainischen Wissenschaftlern in Deutschland?. In: FAZ.net, 17.07.2025. URL: <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/so-geht-es-ukrainischen-forschern-in-deutschland-110590593.html>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Science at Risk (2023): Ukraine 2022-2023: Threats to science and higher education after the full-scale Russian invasion, 11/2023. Ort: Verlag. URL: [https://science-at-risk.org/wp-content/uploads/2024/01/SAR-Monitoring-Report\\_Ukraine-Dec-2023.pdf](https://science-at-risk.org/wp-content/uploads/2024/01/SAR-Monitoring-Report_Ukraine-Dec-2023.pdf), letzter Zugriff: 27.11.2025.
- UNESCO (2024): Analysis of war damage to the Ukrainian science sector and its consequences. URL: <https://www.unesco.org/en/articles/analysis-war-damage-ukrainian-science-sector-and-its-consequences>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Yevstiunina, Yuliia/Folhina, Tetiana/Schmädeke, Philipp Christoph (2023): Zum Zustand der ukrainischen Wissenschaft in Zeiten des Krieges. In: Ukraine-Analysen, 286, S. 2-3. URL: <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/286/ukrainische-wissenschaft-in-zeiten-des-krieges/>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

## Republik Moldau

### Überblick

Die moldauische Hochschullandschaft zeigt trotz formaler Reformen im Kontext des Bologna-Prozesses weiterhin strukturelle Defizite. Die deutsch-moldauische akademische Zusammenarbeit ist insbesondere auf institutioneller Ebene bisher schwach ausgeprägt. Die Verleihung des EU-Beitrittskandidatenstatus für die Republik Moldau (im Folgenden Moldau) hat allerdings zu einer Zunahme an bilateralen Projektinitiativen geführt. Erfolgreich durchgeführte Projekte können als Modelle für die Ausweitung der Zusammenarbeit auf weitere Disziplinen dienen. Maßnahmen von deutscher Seite sollten dabei in den EU-Rahmen eingebettet und die regionale Kooperation mit der Ukraine zur Koordination von Hochschulreformen und die Förderung des europäischen Integrationspfads gestärkt werden.

### Entwicklung des moldauischen Hochschulsystems im Kontext des Bologna-Prozesses

Ebenso wie in anderen Ländern des postsowjetischen Raums wirken die sowjetischen Bildungs- und Forschungsstrukturen auch in der unabhängigen Republik Moldau in Teilen fort. Dies lässt sich unter anderem an der Trennung von Forschung und Lehre, einer stark verschulden Universitätsausbildung sowie am niedrigen Grad der Hochschulautonomie festmachen. Vor diesem Hintergrund stellte der Beitritt Moldaus zum Bologna-Prozess im Jahr 2005 insofern eine bedeutende Entwicklung dar, als eine Orientierung des Landes an europäischen Standards in der Hochschulbildung festgelegt wurde. Die Teilnahme am Bologna-Prozess und die Mitgliedschaft im Europäischen Hochschulraum wurden auch als eine Möglichkeit für Moldau gesehen, die übergeordnete europäische Integration des Landes voranzutreiben (vgl. Wetzinger 2022, S. 216). Zudem erschien die Teilnahme auch als Möglichkeit zur Einwerbung von neuen finanziellen Mitteln (vgl. ebd.).

Mit der Umstellung auf das dreistufige Studiensystem sowie der Einführung des ECTS-Systems im Rahmen des Bologna-Prozesses hat sich Moldau zwar „auf einer formalen und rhetorischen Ebene“ an Trends im Europäischen Hochschulraum angeglichen (Wetzinger 2019, S. 48). Gleichzeitig wurden aber zentrale Probleme des Hochschulsystems, wie die mangelnde Finanzierung, nicht gelöst; die Reformen erschienen so vor allem oberflächlicher Natur (vgl. ebd.). Wetzinger weist darauf hin, dass vor allem jene Reformen umgesetzt wurden, die den Interessen der herrschenden Eliten nicht widersprachen, zugleich jedoch auf einer performativen Ebene Fortschritte bei der europäischen Integration demonstrieren konnten (vgl. Wetzinger 2022, S. 216).

Eine zentrale Herausforderung für das Hochschul- und Wissenschaftssystem in Moldau ist der Braindrain (vgl. Cațus 2016): Im Kontext einer negativen demografischen Entwicklung haben sich die Studierendenzahlen zwischen 2006 und 2021 mehr als halbiert (vgl. Wetzinger 2022, S. 219). Mittlerweile studiert knapp ein Viertel der moldauischen Studierenden im Ausland (vgl. DAAD KIWi 2025). Besonders attraktiv für ein Auslandsstudium ist dabei Rumänien (vgl. Cațus 2016, S. 59). Die Internationalisierung der Hochschulbildung nimmt dementsprechend nicht zuletzt dadurch zu, dass viele moldauische Studierende in die EU gehen. Die EU ist im Hinblick auf sowohl institutionelle Kooperationen als auch individuelle Studierendenmobilität der wichtigste Zielort für Moldau (vgl. Wetzinger 2022, S. 216 ff.). Außerhalb der EU war die Ukraine im Jahr 2021 der wichtigste Partner für Moldau im postsowjetischen Raum. Die Studierendenmobilität nach Deutschland sowie deutsch-moldauische institutionelle Kooperationen fallen allerdings verhältnismäßig gering aus (vgl. ebd.). Die Anzahl der Hochschulkooperationen mit Moldau ist gleichbleibend auf einem niedrigen Stand

geblieben: Bis 2020 belief sich die Zahl auf unter zehn Hochschulkooperationen.<sup>3</sup>

### Entwicklungen nach 2022: Verstärktes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Moldau

Die Teilnahme am Bologna-Prozess im engeren Sinne sowie der Abschluss des EU-Moldau-Assoziierungsabkommens im Jahr 2014 im weiteren Sinne bildeten zentrale Ausgangspunkte für Reformen im moldauischen Hochschul- und Wissenschaftssystem. Die Verleihung des EU-Beitrittskandidatenstatus im Juni 2022 als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verstärkte diese Dynamik zusätzlich. Das Interesse der EU und ihrer Mitgliedstaaten an einer Integration Moldaus hat angesichts der Kriegssituation und der Konfrontation mit Russland deutlich zugenommen. Gleichzeitig ist auch die Bereitschaft Moldaus zur Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungsinstituten in der EU spürbar gewachsen. Die Annäherung an die EU wirkt somit weiterhin als wichtiger Katalysator für Reformprozesse im Hochschul- und Wissenschaftssektor.

Im Juli 2022 beschloss die moldauische Regierung eine umfassende Umstrukturierung von Forschungs- und Hochschuleinrichtungen, die auf eine Stärkung der nationalen und internationalen Hochschul- und Forschungsnetzwerke abzielt. Kleinere Einrichtungen sollen in größere integriert und Forschungsinstitute mit Universitäten zusammengeführt werden. So ist beispielsweise vorgesehen, dass die Staatliche Universität Moldau insgesamt 13 weitere Institute und Hochschulen aufnimmt; einige dieser Fusionen wurden bereits umgesetzt (vgl. Ministerul Educației și Cercetării 2022). Die Umstrukturierungen bleiben allerdings in Teilen umstritten und ihr Abschluss ist aktuell noch nicht absehbar. Im März 2023 hat Moldau zudem eine „Entwicklungsstrategie Bildung 2030“ aufgesetzt. Die Implementierung dieser Strategie wird auf Wunsch des moldauischen Ministeriums für Bildung und Wissenschaft auch von internationaler Seite begleitet, wie das EU-geförderte Projekt „Support to the implementation of education policies in Moldova“ zeigt (vgl. OECD Directorate for Education and Skills 2023).

Das neue Interesse der EU an Moldau spiegelt sich bisher kaum in den Zahlen zur deutsch-moldauischen akademischen Kooperation wider: Nach der russischen Völlinvasion der Ukraine stiegen die deutsch-moldauischen Hochschulkooperationen (ohne Erasmus+) zwar leicht auf zwölf, im Jahr 2024 fielen sie aber erneut. Auch die Anzahl der Studierenden aus der Republik Moldau in Deutschland hat seit 2022 leicht abgenommen und lag im Jahr 2024 bei 308 Studierenden.<sup>4</sup> Deutschland ist trotz allem mittlerweile auf Platz drei der beliebtesten Zielländer für Studierende aus Moldau (vgl. DAAD KIWi 2025).

Auf der Projektebene wird hingegen von deutscher Seite Interesse an einer verstärkten Kooperation mit Moldau bekundet: Im Rahmen der Bekanntmachung zur Forschungs- und Innovationszusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Zentralasiens strebt das jetzige Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) auch eine engere Zusammenarbeit mit Moldau an und veröffentlichte mit „ProMoMo“ einen expliziten Förderaufruf für Maßnahmen zur Förderung bilateraler projektbezogener Mobilität (Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2024). So wird beispielsweise ein Projekt von der Universität Leipzig zur Stärkung der Forschungsfähigkeiten an moldauischen Hochschulen und Förderung der Integration Moldaus in den Europäischen Hochschulraum gemeinsam mit vier Partneruniversitäten in Moldau durchgeführt (vgl. UTM 2025). Besonders erfolgreich gestaltete sich die Kooperation mit Moldau im

---

<sup>3</sup> HSI-Monitor, Profildaten zur Hochschulinternationalität, URL: <https://www.hsi-monitor.de/>.

<sup>4</sup> Ebd.

Gesundheitswesen: Die Zusammenarbeit mit der Nicolae Testemițanu Staatlichen Universität für Medizin und Pharmazie besteht seit mehreren Jahren und wird gegenwärtig weiter ausgebaut (vgl. Nicolae Testemițanu Staatliche Universität für Medizin und Pharmazie 2025).

### Perspektiven auf die deutsch-moldauische akademische Kooperation

Vor dem Hintergrund des russischen Kriegs gegen die Ukraine wurde die bilaterale Kooperation zwischen deutschen Hochschulen und moldauischen Hochschulbildungseinrichtungen zwar gestärkt. Trotz zahlreicher Projektinitiativen bleiben die Hochschulkooperationen insgesamt jedoch auf einem niedrigen Niveau. Für eine nachhaltige Stärkung der akademischen Zusammenarbeit ist daher eine langfristige und strukturelle Vernetzung erforderlich, die über punktuelle Projekte hinausgeht. Erfolgreiche Beispiele, etwa im Bereich der medizinischen Hochschulausbildung, können als Modell für die Ausweitung der Zusammenarbeit auf weitere Disziplinen dienen.

Die aktive Einbindung Moldaus in den Europäischen Hochschul- und Forschungsraum schreitet unter dem Eindruck des EU-Beitrittsprozesses voran. Maßnahmen von deutscher Seite zum Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit sollten in diesen Rahmen eingebettet werden. Dabei ist auch die Einbeziehung der moldauischen Diaspora in EU-Mitgliedstaaten sinnvoll, um den Wissenstransfer zu stärken sowie ggf. Rückkehrperspektiven zu eröffnen. Deutsche Hochschulen können Moldau insbesondere bei Capacity-Building-Maßnahmen unterstützen. Dazu gehört die Stärkung der Hochschulautonomie, des Qualitätsmanagements, der Internationalisierung und der Digitalisierung. Finanzielle Eigenmittel der moldauischen Hochschulen sind begrenzt, weshalb die Mitwirkung deutscher Institutionen für die Umsetzung dieser Reformen von zentraler Bedeutung sein könnte.

Die regionale Zusammenarbeit zwischen Moldau und der Ukraine sollte aufbauend auf bestehenden Partnerschaften gefördert werden. Angesichts des EU-Beitrittsprozesses beider Länder sowie der fortbestehenden sicherheitspolitischen Bedrohung durch Russland – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – erscheint ein verstärkter Austausch zu Hochschul- und Wissenschaftsreformen besonders sinnvoll. Eine solche Kooperation kann dazu beitragen, Reformprozesse zu koordinieren und den Integrationspfad in die Europäische Union effektiver zu gestalten.

### Literatur

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2024): Förderaufruf. Maßnahmen zur Förderung bilateraler projektbezogener Mobilität mit der Republik Moldau – ProMoMo. URL: <https://www.bmfr.bund.de/SharedDocs/Bekanntmachungen/DE/2024/01/2024-01-15-Foerderung-Moldau.html>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

Cațus, Kamil (2016): The Unfinished State: 25 Years of Independent Moldova. In: OSW Studies, 59. Warschau: Centre for Eastern Studies.

DAAD KIWi (2025): Moldau 2025, DAAD Globus Bildungssystemanalyse Datenblatt. Bonn.

OECD Directorate for Education and Skills (2023): Enhancing the evaluation of VET programmes and institutions in the Republic of Moldova. In: Education Policy Perspectives, 79. URL: [https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2023/09/enhancing-the-evaluation-of-vet-programmes-and-institutions-in-the-republic-of-moldova\\_326eeff2/8f90a4c6-en.pdf](https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2023/09/enhancing-the-evaluation-of-vet-programmes-and-institutions-in-the-republic-of-moldova_326eeff2/8f90a4c6-en.pdf), letzter Zugriff: 27.11.2025.

Ministerul Educației și Cercetării (2022): Reformele structurale în educație, cercetare și inovare au fost aprobate [Strukturreformen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation wurden verabschiedet]. URL: <https://www.mec.gov.md/ro/content/reformele-structurale-educatie-cercetare-si-inovare-au-fost-aprobate>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

Nicolae Testemițanu Staatliche Universität für Medizin und Pharmazie (2025): Nicolae Testemitanu State University of Medicine and Pharmacy of the Republic of Moldova launched a new collaboration project with the University of Leipzig from Germany. URL: [https://usmf.md/en/noutati/nicolae-testemitanu-state-university-medicine-and-pharmacy-republic-moldova-launched-new?utm\\_source=chatgpt.com](https://usmf.md/en/noutati/nicolae-testemitanu-state-university-medicine-and-pharmacy-republic-moldova-launched-new?utm_source=chatgpt.com), letzter Zugriff: 27.11.2025.

UTM (2025): UTM, Part of a Bilateral Research Project between the Republic of Moldova and Germany. URL: <https://utm.md/en/blog/2025/02/22/utm-part-of-a-bilateral-research-project-between-the-republic-of-moldova-and-germany/>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

Wetzinger, Johannes (2019): Hochschulreformen in der Republik Moldau. In: Südosteuropa Mitteilungen, 03-04, S. 40-55.

Wetzinger, Johannes (2022): The geopolitics of higher education: the case of Moldova between the EU and Russia. In: Policy Reviews in Higher Education, 6 (2), S. 205-229. URL: <https://doi.org/10.1080/23322969.2022.2101506>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

## Südkaucasus

### Überblick

Die Hochschul- und Wissenschaftssysteme in Armenien, Aserbaidschan und Georgien sind heterogen und weisen unterschiedliche Grade der Einbindung in westliche Strukturen auf. In Georgien, das lange als zentraler Partner in der Region für deutsche Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen fungierte, haben sich die politischen Rahmenbedingungen für akademische Kooperation durch die voranschreitende Autokratisierung deutlich verschlechtert. Dies erfordert es von deutscher Seite, die individuelle Mobilitätsförderung zu stärken und damit Schwierigkeiten in der institutionellen Kooperation abzufedern. Zugleich sollte der Aus- und Aufbau akademischer Beziehungen zu Armenien genutzt werden, um eine deutsche Präsenz in der Region aufrechtzuerhalten. Regionale und trilaterale Formate mit dem Südkaucasus können den wissenschaftlichen Austausch über Konfliktlinien hinweg stärken.

Die politischen – und damit auch die wissenschafts- und hochschulpolitischen – Entwicklungen in der Südkaucasusregion sind derzeit von hoher Volatilität geprägt. Der folgende Abschnitt greift diese Entwicklungen auf und versucht davon ausgehend, Empfehlungen mit mittelfristiger Aussagekraft zu formulieren. Dies gilt angesichts der aktuellen Umstände insbesondere für Georgien.

### Heterogenität der Wissenschafts- und Hochschullandschaft im Südkaucasus

Auch in den südkaucasischen Ländern hemmen die mangelnde Autonomie von Hochschuleinrichtungen, die weitgehende Trennung von Forschung und Lehre sowie das äußerst niedrige Finanzierungsniveau eine nachhaltige und international wettbewerbsfähige Entwicklung der Wissenschafts- und Hochschullandschaft. Gleichzeitig kann der Beitritt der drei Länder zum Bologna-Prozess im Jahr 2005 zumindest als symbolisches Zeichen für die Orientierung am Europäischen Hochschulraum gewertet werden (vgl. Papiashvili 2017), auch wenn der Stand der Umsetzung in den drei Ländern sehr unterschiedlich ist.

Während die drei Staaten des Südkaucasus in ausgewählten Bereichen zwar mit ähnlichen strukturellen Herausforderungen konfrontiert sind, zeigt sich zugleich eine ausgeprägte Heterogenität hinsichtlich der institutionellen und wissenschaftspolitischen Entwicklungsverläufe in der Region. So lässt sich das Fortwirken sowjetischer Strukturen insbesondere im Hochschulsystem Aserbaidschans beobachten (vgl. Isakhanli/Pashayeva 2018). Was die akademische Freiheit betrifft, rangiert Aserbaidschan im Jahr 2024 weltweit unter den unteren 20 % (vgl. Kinzelbach et al. 2025). Georgien und Armenien dagegen sind assoziierte Mitglieder im „Horizon Europe“-Programm der EU und können sich um Forschungsförderung von der EU bewerben<sup>5</sup>. Seit dem Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der EU im Jahr 2014 und der Umsetzung entsprechender Reformen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich strebt Georgien eine stärkere Integration in den Europäischen Hochschulraum an (vgl. Amashukeli 2018, S. 3). Im Jahr 2023 wurde das georgische Hochschulsystem als erstes und bislang einziges der Region durch die European University Association (EUA) im Rahmen der Autonomy Scorecard umfassend analysiert. Georgien schnitt dabei insbesondere in den Bereichen Finanzautonomie und Personalautonomie positiv ab, während die akademische Autonomie gering

---

<sup>5</sup> Für einen aktuellen Stand zu den wichtigsten Kennzahlen der Teilnahme am Programm vgl. die Länderprofile von Armenien und Georgien auf der Webseite der Europäischen Kommission: [https://research-and-innovation.ec.europa.eu/statistics/framework-programme-facts-and-figures/horizon-europe-country-profiles\\_en](https://research-and-innovation.ec.europa.eu/statistics/framework-programme-facts-and-figures/horizon-europe-country-profiles_en), letzter Zugriff: 22.05.2025.

ausgeprägt war (vgl. European University Association 2023).

Diese Orientierung an europäischen Standards spiegelt sich auch in den engen akademischen Beziehungen zwischen Georgien und Deutschland wider. Georgien gilt aus deutscher Sicht als besonders relevanter Partner im Südkaukasus. So sind die Hochschulkooperationen zwischen Georgien und Deutschland seit 2017 stark angestiegen und lagen mit 116 Kooperationen im Jahr 2024 deutlich über dem Niveau Armeniens (40) und Aserbaidschans (25)<sup>6</sup>. Die Anzahl georgischer Studierender in Deutschland hingegen nimmt seit 2018 kontinuierlich ab (im Jahr 2024 knapp 2.000), während die Anzahl aserbaidschanischer Studierender im selben Zeitraum stark anwächst (2024 über 2.000) und armenische Studierende mit 643 vergleichsweise gering vertreten sind<sup>7</sup>. Trotz der Rückgänge bei georgischen Studierenden ist der institutionelle Austausch mit Georgien am stärksten ausgeprägt. Dementsprechend dient die Hauptstadt Georgiens Tbilissi für im akademischen Bereich tätige deutsche Organisationen auch als Hub für die gesamte südkaukasische Region. So unterhält etwa die Max Weber Stiftung im Rahmen ihres Netzwerks Osteuropa ein Büro in Tbilissi, das den wissenschaftlichen Austausch, insbesondere in der Geschichtswissenschaft, mit der Südkaukasusregion fördert. Auch die Außenstelle des DAAD in Tbilissi ist für die gesamte Region des Südkaukasus zuständig.

### Jüngste Entwicklungen unter neuen politischen Rahmenbedingungen

Mit dem Abbruch der wissenschaftlichen Beziehungen zu Russland sowie dem verstärkten Fokus auf periphere Länder ist das deutsche Interesse an einer Zusammenarbeit mit den südkaukasischen Staaten, insbesondere Georgien und auch Armenien, gestiegen. Ausdruck findet dies unter anderem in einem von der DFG mit der Shota Rustaveli National Science Foundation of Georgia 2023 abgeschlossenen Abkommen. Auch das BMBF veröffentlichte im Oktober 2023 eine Bekanntmachung, in deren Rahmen bis 2033 regelmäßig Förderaufrufe für Projekte mit Ländern der Östlichen Partnerschaft sowie Zentralasiens vorgesehen sind. DFG wie BMBF verweisen dabei ausdrücklich auf die „Zeitenwende“ als zentrale Motivation für die Intensivierung der wissenschaftlichen Kooperation mit der Region (vgl. BMBF 2023; DFG 2023). Die Förderung von wissenschaftlichem Austausch mit der Region lässt sich auch an dem Armenisch-Deutschen Wissenschaftstag festmachen, der im Juli 2024 in Eriwan stattfand – nachdem er das letzte und bis dahin einzige Mal 2015 abgehalten worden war. Ziel der Veranstaltung war es, Möglichkeiten zur Vertiefung und Erweiterung der bilateralen Zusammenarbeit auszuloten.

Während das Interesse von deutscher Seite zwar hoch ist, haben sich die politischen Rahmenbedingungen für akademische Kooperation mit der Region verschlechtert. Dies gilt in erster Linie für Georgien, wo seit 2024 ein grundlegender politischer Wandel und Autokratisierungsschub stattfindet, der auch in hohem Maße Wissenschaft und Hochschulbildung betrifft. Schleichende Autokratisierungstendenzen mit negativen Auswirkungen auf die Wissenschaftsfreiheit sind in Georgien seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu beobachten (vgl. Slye 2023). Spätestens mit den gefälschten Parlamentswahlen im Oktober 2024 und der darauffolgenden Entscheidung der Regierung, den EU-Beitrittsprozess auszusetzen, manifestiert sich die georgische Abkehr von europäischen Partnern sowie die zunehmende autokratische Regierungsweise des Georgischen Traums (vgl. Smolnik/Tadumadze 2025).

---

<sup>6</sup> HSI-Monitor, Profildaten zur Hochschulinternationalität, URL: <https://www.hsi-monitor.de/>.

<sup>7</sup> Ebd.

Universitäten sind dabei zentrale Orte des Protests gegen die Regierung und ihren antiwestlichen Kurs, und sie werden deshalb zunehmend zur Zielscheibe von Hetzkampagnen und staatlichen Repressionen (vgl. Meladze/Shamatava 2025). Im Januar 2025 gab die Regierung die Einrichtung einer Kommission zur Umsetzung von Reformen in der Hochschulbildung bekannt. Die Ergebnisse hiervon bleiben zwar abzuwarten, es ist aber schon abzusehen, dass die Zentralisierung der Wissenschaft und Hochschulbildung in den Händen der Regierung stark zunehmen wird (vgl. ebd.). Das umstrittene Ausländische-Agenten-Gesetz und das ebenso kontroverse Anti-LGBTQI-Gesetz wirken sich bereits auf die Arbeit von und an Hochschulen aus. Hochschulen ohne Erwerbszweck, die mehr als 20 % ihrer Einnahmen aus dem Ausland beziehen, müssen sich ersterem zufolge als Vertreterinnen ausländischer Interessen registrieren und dem Justizministerium umfassende Informationen, auch personenbezogene Daten, übermitteln (vgl. Gogadze 2024). Die Einschränkung und Kanalisierung der Hochschul- und Forschungsförderung aus dem Ausland erscheint unter diesen Umständen wahrscheinlich. Mit dem Anti-LGBTQI-Gesetz soll die wissenschaftliche Debatte an Hochschulen über Themen wie Geschlechtsidentität und gleichgeschlechtliche Beziehungen unterbunden werden.

Angesichts der Bedeutung, die Georgien sowohl als wichtiger Partner in der Region als auch als Hub für die akademische Kooperation mit der ganzen Region innehat, sind diese Entwicklungen für deutsche Akteure besonders einschneidend. Im Februar 2025 setzte das BMBF (seit Mai 2025 BMFTR) die bilaterale Kooperation mit dem georgischen Bildungsministerium aus; weitere Maßnahmen von deutschen Wissenschaftsorganisationen blieben bis dato allerdings aus.

Die politischen Rahmenbedingungen für akademische Zusammenarbeit mit Armenien stehen im Zeichen der Nachwirkungen des jüngsten Kriegs in Bergkarabach und der Vertreibung der armenischen Bevölkerung. Diese Situation hat negative Auswirkungen auf das (Hochschul-)Bildungswesen, allen voran durch die Bindung staatlicher Ressourcen. Forschung und Hochschulbildung werden allerdings dennoch – zumindest rhetorisch – eine hohe Priorität für die Entwicklung des Landes eingeräumt. Ein Beispiel hierfür ist das armenische Projekt einer sogenannten Academic City, das im Oktober 2023 von der armenischen Regierung angekündigt wurde und stark auf die Einbindung Armeniens in die internationale Forschungslandschaft abzielt. Im Nordwesten der Hauptstadt Jerewan soll ein Megacampus entstehen, auf dem staatliche und private Universitäten sowie Forschungsinstitutionen angesiedelt werden sollen. Die Einrichtungen sollen anhand von sechs Clustern (unter anderem Medizin, Technik, Pädagogik) gegliedert und durch internationale Partner unterstützt werden. Im Januar 2024 unterzeichnete die TUM International GmbH der TU München zu diesem Zweck ein Memorandum of Understanding mit dem armenischen Bildungsministerium. Die ersten Universitäten sollen schon 2030 einziehen. Mit der „Academic City“ sollen Ressourcen effizienter genutzt, die internationale Anbindung gestärkt sowie Forschung und Lehre enger miteinander verknüpft werden. Es bleibt allerdings die Frage, ob ein derart langfristig geplantes Projekt unter den gegenwärtig volatilen politischen Bedingungen und ohne klaren Finanzierungsplan realistisch umgesetzt werden kann (vgl. Arkun 2024).

Angesichts des geringen Niveaus der Investitionen Aserbaidschans in international anschlussfähige Forschung und Hochschulbildung wird das Feld zu großen Teilen internationalen Akteuren überlassen, die sich auf diesem Wege Einfluss in Aserbaidschan zu sichern versuchen. Während Deutschland im aserbaidshanischen Wissenschafts- und Hochschulbildungsbereich lediglich eine untergeordnete Rolle spielt, engagiert sich neben der Türkei auch Russland verstärkt im Land. Die Ambitionen scheinen hier jedoch größer zu sein als die tatsächliche Umsetzung: So wurde zwar 2018 die Eröffnung von drei Zweigstellen russischer Universitäten in Aserbaidschan bekannt gegeben, bis dato existiert allerdings

keine davon. Im August 2024 kündigte Putin zusätzlich eine Initiative zur Eröffnung einer russisch-aserbaidtschanischen Universität in Baku an. Während abzuwarten bleibt, inwiefern sich diese Pläne tatsächlich materialisieren, kann sich Russland bei seinem Versuch, Soft Power auszuüben, auf vorhandene russische Sprachkenntnisse sowie die gemeinsame sowjetische Vergangenheit stützen. Wissenschaftliche Kooperation muss in diesem Zusammenhang auch als geopolitischer Hebel gesehen werden. Die politischen Rahmenbedingungen für deutsche Aktivitäten mit aserbaidtschanischen Hochschulen oder Forschungseinrichtungen stehen dementsprechend besonders im Lichte der geopolitischen Konfrontation mit Russland.

### Perspektiven für die akademische Kooperation mit den südkaukasischen Ländern

Bei den südkaukasischen Ländern zeigt sich – wie vermutlich in keiner anderen Subregion des postsowjetischen Raums –, dass unterschiedliche Ausgangslagen unterschiedliche Antworten erfordern. Gleichzeitig gilt selbstverständlich auch hier, dass das Prinzip der Wissenschaftsfreiheit die Basis für jegliche akademische Zusammenarbeit darstellen muss.

Die zentrale Herausforderung für deutsche Akteure liegt derzeit im Umgang mit der Autokratisierung in Georgien und den damit verbundenen Auswirkungen auf Wissenschaft und Forschung. Das relativ hohe Level Georgiens an Einbindung in den internationalen Forschungs- und Hochschulbildungsraum stellt dabei eine wertvolle Ressource für die Resilienz seines Wissenschafts- und Hochschulbildungssystems dar. Durch die Einbindung in die Berichterstattung der EUA erfolgt beispielsweise eine Art von Monitoring, die gerade in Krisenzeiten zur Einordnung von Entwicklungen relevant ist. Die starken institutionellen Verflechtungen zwischen Georgien und Deutschland können auch in diesem Sinne genutzt werden, indem deutsche Akteure Entwicklungen vor Ort eng verfolgen und so auf ggf. weitere eintretende Verschärfungen direkt reagieren können.

Im Hinblick auf die bestehenden Kooperationen zwischen deutschen und georgischen Universitäten und Forschungseinrichtungen, beispielsweise in Form von Double Degrees und anderen gemeinsamen Projekten, gilt es, jegliche politische Instrumentalisierung zu vermeiden. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass führende georgische Politiker Verbindungen in die deutsche Wissenschaft hatten (vgl. Vesper 2024). Angesichts der Autokratisierung Georgiens sind öffentlich wirksame Verbindungen von Akteuren im deutschen Wissenschaftssystem mit der georgischen Politik im besten Fall heikel, im schlimmsten Fall wirken sie legitimierend für das georgische Regime. Sollte eine institutionelle Zusammenarbeit aufgrund politischer Einflussnahme der georgischen Regierung nicht mehr möglich sein, stellt die individuelle Mobilitätsförderung ein zentrales Element dar und müsste entsprechend ausgebaut werden. Aufgrund der bisher engen Verflechtungen zwischen dem deutschen und dem georgischen Wissenschaftssystem ist darauf hinzuweisen, dass angesichts der Autokratisierung in Georgien georgische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch enge Anbindung an deutsche Wissenschaftsinstitutionen gefährdet werden können. Das Do-no-harm-Prinzip ist aus diesem Grund besonders für georgische Partner zu berücksichtigen.

Die zunehmenden Schwierigkeiten in der akademischen Kooperation mit georgischen Institutionen müssen auch vor dem Hintergrund der Bedeutung Georgiens für die deutsche Präsenz in der gesamten Region betrachtet werden. Entsprechend sollte vermehrt in den Aus- und Aufbau akademischer Beziehungen zu Armenien investiert werden. Der Wunsch nach verstärkter Einbindung in die internationale Hochschulbildung und Forschung Armeniens, der auch auf einer Abwendung von

Russland und gleichzeitiger Hinwendung zur EU basiert<sup>8</sup>, kann von deutscher Seite genutzt werden, um seine Präsenz in der Region auszubauen. Ein Ansatzpunkt hierfür könnte sein, die sich auf einem niedrigen Niveau befindenden institutionellen Kontakte zu armenischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiter auszubauen. Das geplante Megaprojekt der „Academic City“ bietet interessante Anknüpfungspunkte, wie bereits die Kooperation mit der TUM GmbH gezeigt hat. Es sollte allerdings von deutscher Seite in jedem Fall die tatsächliche Realisierbarkeit solcher Megaprojekte gerade vor dem Hintergrund der politisch weiterhin instabilen Lage in Armenien berücksichtigt und geprüft werden.

Angesichts der anhaltenden Schwächen im Hochschul- und Wissenschaftssystem Aserbaidschans, die sich in dem geringen Stand der akademischen Freiheit im Land manifestieren, sind die Erfolgsaussichten für eine institutionelle akademische Kooperation eher gering. Die zunehmende Anzahl von aserbaidchanischen Studierenden in Deutschland in den letzten Jahren kann allerdings zum Anlass genommen werden, die individuelle Studierendenmobilität auszubauen. Angesichts des russischen und destürkischen Einflusses zeigt der Fall Aserbaidschan darüber hinaus die Bedeutung von Soft Power zur Vertretung von politischen Interessen in der Region. Nicht zuletzt aufgrund der aggressiven Außenwissenschaftspolitik Aserbaidschans selbst<sup>9</sup> erscheint der Ausbau von Forschung in Deutschland zum Einsatz von Soft Power sinnvoll, um die Mechanismen autoritärer Regime zur Einflussnahme in Drittstaaten über internationale Forschungs- und Hochschulkooperationen systematisch untersuchen zu können.

Während die akademische Kooperation mit den drei Staaten jeweils unterschiedliche Herangehensweisen erfordert, könnten auch trilaterale oder regionale Formate einen Mehrwert bieten. Gerade im Hinblick auf die gesellschaftliche Verfeindung zwischen Armenien und Aserbaidschan ließe sich durch zwischenmenschliche Begegnungen im nicht politischen Wissenschaftsbereich eine Zusammenarbeit über Konfliktlinien hinweg anstoßen. Programme, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende aus allen drei Ländern zusammenbringen, könnten einen Beitrag zu Verständigung und friedlicher Entwicklung in der Region leisten – ein Ziel, das auch im Interesse Deutschlands liegt.

## Literatur

Amashukeli, Mariam (2018): The Role of Internationalization for Quality Assurance in Higher Education Systems: The Case of Georgia. In: Lezhava, Diana (Hrsg.): Caucasus analytical digest, 105. URL: <https://laender-analysen.de/cad/pdf/CaucasusAnalyticalDigest105.pdf>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

Arkun, Aram (2024): Academic City Plan Would Dramatically Change Armenian Higher Education and the Face of Yerevan. URL: <https://mirrorspectator.com/2024/06/17/academic-city-plan-would-dramatically-change-armenian-higher-education-and-the-face-of-yerevan/>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

---

<sup>8</sup> Im März 2025 hat das armenische Parlament ein Gesetz verabschiedet, in dem die armenische Regierung dazu aufgefordert wird, den EU-Beitrittsprozess einzuleiten.

<sup>9</sup> Der aserbaidchanische Staat förderte von 2010 bis 2021 eine Stiftungs-Gastprofessur an der Humboldt-Universität Berlin. Durch die Finanzierung der Professur wurde versucht, auf die geisteswissenschaftliche Forschung in Deutschland Einfluss zu nehmen (vgl. Prößer 2021).

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2023): Rahmenbekanntmachung für Förderung von Projekten in der Forschungs- und Innovationszusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Zentralasiens. URL: <https://www.bmfr.bund.de/SharedDocs/Bekanntmachungen/DE/2023/10/2023-10-19-Bekanntmachung-Zentralasien.html?nn=912672>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (2023): DFG baut Kooperationen mit dem Südkaukasus aus: Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung in Georgien. URL: <https://www.dfg.de/de/ueberuns/internationale-zusammenarbeit/nachrichten/be-richte/2023/230724-kooperation-georgien>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- European University Association (2023): University Autonomy in Europe IV, Country Profiles (II). URL: <https://www.eua.eu/publications/reports/university-autonomy-in-europe-iv-country-profiles-ii.html>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Gogadze, Nino (2024): Georgia's political shifts threaten academic freedom and EU research cooperation. In: LSE Blog, 20.12.2024. URL: <https://blogs.lse.ac.uk/impactofsocialsciences/2024/12/20/georgias-political-shifts-threaten-academic-freedom-and-eu-research-cooperation/>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Isakhanli, Hamlet/Pashayeva, Aytaj (2018): Higher Education Transformation, Institutional Diversity and Typology of Higher Education Institutions in Azerbaijan. In: Huisman, Jeroen/Smolentseva, Anna/Froumin, Isak (Hrsg.): 25 Years of Transformations of Higher Education Systems in Post-Soviet Countries. Cham: Palgrave Macmillan. S. 97-121. URL: [https://doi.org/10.1007/978-3-319-52980-6\\_4](https://doi.org/10.1007/978-3-319-52980-6_4), letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Kinzelbach, Katrin et al. (2025): Academic Freedom Index – 2025 Update. URL: <https://doi.org/10.25593/open-fau-1637>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Meladze, Giorgi/Shamatava, Nana (2025): Universities at the centre of national democracy struggles. In: University World News, 12.03.2025. URL: <https://www.universityworldnews.com/post.php?story=202503110907119>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Papiashvili, Ana (2024): The Bologna Process and Georgian Higher Education: Advances in Academic Social Responsibility. In: European Education, 56 (1), S. 1-17. URL: <https://doi.org/10.1080/10564934.2023.2299444>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Prößer, Claudius (2021): Aserbaidshan nicht mehr in Berlin. In: taz, 03.09.2021. URL: <https://taz.de/Stiftungsprofessur-wird-abgewickelt!/5795006/>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Smolnik, Franziska/Tadumadze, Giorgi (2025): Georgien am Scheideweg. Rückbau demokratischer Errungenschaften und Abkehr von prowestlichem Kurs. In: SWP-Aktuell 2025/A 26. <https://doi.org/10.18449/2025A26>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Veser, Reinhard (2024): Wie die deutschen Doktoren von Tiflis die Demokratie zerstören. In: FAZ.net, 20.06.2024. URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/georgien-wie-die-deutschen-doktoren-die-demokratie-zerstoeren-19783757.html>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

## Zentralasien

### Überblick

Die Rahmenbedingungen für Hochschulbildung und Wissenschaft sind in den zentralasiatischen Ländern in vielerlei Hinsicht ähnlich, in Bezug sowohl auf historische Entwicklungen als auch auf aktuelle institutionelle Strukturen. Die geografische Lage zwischen Russland und China verleiht der Region eine hohe geopolitische Bedeutung für Deutschland, was sich an einem gestiegenen deutschen Interesse an Kooperationen mit zentralasiatischen Staaten nach dem russischen Angriff auf die Ukraine widerspiegelt. Bereits bestehende akademische Kooperationsprojekte, wie die Deutsch-Kasachische Universität (DKU) in Almaty, bieten eine gute Grundlage für den Ausbau der wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Der Auf- und Ausbau von Programmen und Projekten sollte unter der Berücksichtigung erfolgen, dass Wissenschaftskooperationen durch Normalisierungs- und Legitimierungseffekte zu einer Stärkung autoritärer Regime beitragen können.

Die fünf Länder Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan werden hier gemeinsam als Raum Zentralasien behandelt. Auch wenn Zentralasien bei weitem keine homogene Region darstellt, erscheint in diesem Kontext ein regionaler Blick auf die Länder sinnvoll, um gemeinsame Chancen und Herausforderungen in der akademischen Kooperation Deutschlands mit den Ländern herauszuarbeiten. An einigen Stellen wird selbstverständlich auch auf Besonderheiten einzelner Länder eingegangen. Der Fokus liegt dabei auf der akademischen Kooperation mit Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan.

### Ausgangslage: Herausforderungen für das Wissenschafts- und Hochschulbildungssystem

In vielerlei Hinsicht stehen die Wissenschafts- und Hochschulsysteme der zentralasiatischen Staaten vor erheblichen Herausforderungen, die auch Auswirkungen auf die Möglichkeiten der internationalen Kooperation haben. Diese haben ihren Ursprung teilweise in der Sowjetzeit, stehen jedoch auch im Zusammenhang mit den nach der Unabhängigkeit etablierten politischen Systemen.

Bildung und Wissenschaft in den zentralasiatischen Ländern sind chronisch unterfinanziert. Die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegen seit 2010 konstant unter 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts<sup>10</sup>. Dies schlägt sich unter anderem in einer veralteten Ressourcenausstattung und schlechten Gehältern nieder. Darüber hinaus wird die sowjetische Vorstellung einer klaren institutionellen Trennung von Forschung und Lehre in Forschungsinstituten und Universitäten erst allmählich überwunden. Dadurch werden die Universitäten weitgehend von der Entwicklung neuer Technologien und Innovationen ausgeschlossen, was ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihren Beitrag zum wissenschaftlichen Fortschritt erheblich einschränkt (vgl. Ambasz et al. 2023, S. 19). Zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen, aber auch der Wirtschaft, kommt es nur zu unzureichender Interaktion, was wiederum Innovationen und ihre Anwendung in außerwissenschaftlichen Bereichen erschwert. Die geringen Englischkenntnisse des wissenschaftlichen Personals sowie die in weiten Teilen anhaltende Dominanz des Russischen in Literatur und Arbeitsmaterialien schränken die internationale Anschlussfähigkeit der Forschung ein (vgl. ebd., S. 10).

In Bezug auf die internationale Forschungsförderung für zentralasiatische Länder lässt sich dennoch ein diversifiziertes Bild erkennen. Für den Zeitraum 1990–2019 zeigt Chankseliani (2023) anhand

---

<sup>10</sup> Daten der Weltbank: Research and development expenditure (% of GDP), URL: <https://data.worldbank.org/indicator/GB.XPD.RSDV.GD.ZS?end=2022&locations=KZ-UZ-KG-TJ&start=2<007&view=chart>, letzter Zugriff: 24.10.2025.

von Veröffentlichungen auf SCOPUS, dass es keine einseitige Forschungsförderungsabhängigkeit der zentralasiatischen Länder von einzelnen internationalen Partnern gibt. Diese Beobachtung deckt sich mit den Daten des Nature-Magazins über internationale Forschungsk Kooperationen für das Jahr 2024: Ein Großteil der Kooperationen findet zwar mit den USA, China und Russland statt – allerdings ist hier die Schwerpunktsetzung von Land zu Land unterschiedlich.<sup>11</sup>

Der Grad an Wissenschaftsfreiheit ist eng verbunden mit dem jeweiligen Grad an autoritärer Staatsführung (vgl. Kinzelbach et al. 2025), was sich auch in der Region Zentralasien bestätigen lässt. Während autokratische Regierungsformen in den zentralasiatischen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt sind<sup>12</sup>, lassen sich einige gemeinsame Merkmale in Bezug auf die (Un-)Freiheit von Forschung und Hochschulbildung festhalten. So werden in erster Linie Natur- und Ingenieurwissenschaften von staatlicher Seite gefördert, die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen im Rahmen von Geistes- und Sozialwissenschaften findet selten statt. Darüber hinaus verfügen die Hochschulen kaum über Autonomie, weder in Bezug auf klassische Managementaufgaben noch in finanzieller Hinsicht (vgl. Ambasz et al. 2023, S. 28 f.). Dies geht einher mit einer starken Zentralisierung in der Entscheidungsfindung und der Orientierung an der Agenda staatlicher Institutionen. Es herrscht außerdem geringe Bereitschaft von staatlicher Seite, umfangreiche Daten für Forschungsarbeit zur Verfügung zu stellen.

Als Gegenkonzept zu den international oft nicht wettbewerbsfähigen Hochschuleinrichtungen in der Region setzen insbesondere Kasachstan und Usbekistan auf den Aufbau von international ausgerichteten Eliteuniversitäten als Vorzeigeprojekte für die nationale Wissenschaftslandschaft. Diese Universitäten, allen voran die Nasarbajew-Universität (NU) in Kasachstan, zeichnen sich durch einen deutlich höheren Grad an Autonomie und Englisch als Hauptunterrichtssprache aus. So erhielt die NU eine eigene Rechtsgrundlage und verfügt über vollständige Entscheidungsautonomie bei gleichzeitiger Finanzierung durch den kasachischen Staat. Sie kann Partnerschaften mit hoch angesehenen Universitäten in den USA oder Europa vorweisen, und ein Großteil des wissenschaftlichen Personals wurde im Ausland ausgebildet bzw. kommt aus dem Ausland. Auch wenn diese Art von Universitäten nicht als eine gelungene Neugestaltung des Hochschulbildungssystems in der Breite verstanden werden sollte, können sie gleichzeitig Ansatzpunkte für internationale Kooperation bieten.

### Verstärktes Interesse an Kooperation mit zentralasiatischen Staaten als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine

Die geografische Lage Zentralasiens zwischen Russland und China verleiht der Region eine hervorgehobene geopolitische Bedeutung für Deutschland. Die zentralasiatischen Länder stellen ein mögliches Konkurrenz- und Konfliktfeld europäischer Länder insbesondere mit China dar. Auch im akademischen Bereich zeigt China schon seit längerem Interesse an der zentralasiatischen Region (vgl. Bitabarova 2016). Ebenso sind die Türkei und Russland in der Region hochschulpolitisch aktiv. So nimmt

---

<sup>11</sup> Nature Index, country/territory tables: <https://www.nature.com/nature-index/country-outputs/generate/all/global>, letzter Zugriff: 27.11.2025. In der Nature-Index-Datenbank werden Beiträge in hochwertigen natur- und gesundheitswissenschaftlichen Zeitschriften erfasst, die von einer unabhängigen Forschergruppe nach ihrer Reputation ausgewählt wurden. Dementsprechend haben die Daten lediglich Aussagekraft für die entsprechenden Wissenschaftsbereiche.

<sup>12</sup> Freedom House zufolge sind zwar alle Länder der Region als „nicht frei“ einzustufen, dabei schneidet Kirgisistan allerdings innerhalb dieser Kategorie am besten ab, während Turkmenistan eines der unfreiesten Länder weltweit ist. URL: <https://freedomhouse.org/>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

Russland durch die Eröffnung neuer Zweigstellen russischer Universitäten Einfluss auf die Hochschullandschaft Zentralasiens. Der stellvertretende russische Außenminister, Michail Galuzin, kündigte beim Waldaiforum im Mai 2023 an, dass die bisherigen 25 Zweigstellen in der Region noch durch sieben weitere ergänzt werden sollten (vgl. Tass.ru 2023).

Vor diesem Hintergrund dient die Wissenschaftskooperation – flankierend zu anderen deutschen Interessen, insbesondere im Energiesektor – der stärkeren Bindung der Länder an Deutschland. Seit der Vollinvasion Russlands in die Ukraine hat das deutsche Interesse an der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten deutlich zugenommen. So verweist auch das damalige Bundesministerium für Bildung und Forschung darauf, dass die Zeitenwende eine zentrale Motivation für die verstärkte wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Region darstellt (vgl. BMBF 2023). Die Grundlage für die aktuelle Zusammenarbeit mit den Ländern bildet die Bekanntmachung des BMBF vom Oktober 2023, in deren Rahmen bis 2033 regelmäßig Förderaufrufe veröffentlicht werden. Zudem wurden 2023 Absichtserklärungen zur Intensivierung der Forschungskooperation zwischen dem BMBF und den entsprechenden Ministerien in Usbekistan, Kasachstan und Kirgisistan geschlossen.

Das wachsende deutsche Interesse an Zentralasien spiegelt sich in zahlreichen Delegationsreisen von Vertreterinnen und Vertretern deutscher Hochschulen, außeruniversitärer Forschungseinrichtungen sowie Forschungsförderungs- und Mittlerorganisationen wider. So nahm im Oktober 2023 eine deutsche Delegation am vom BMBF initiierten Deutschen Tag der Wissenschaft in Almaty sowie an der usbekischen Innovationsmesse „InnoWeek 2023“ teil. Ein weiteres Zeichen der vertieften Zusammenarbeit war die Eröffnung des Kasachisch-Deutschen Instituts für Nachhaltige Ingenieurwissenschaften (KINI) in Aktau während des Besuchs von Bundespräsident Steinmeier im Juni 2023. Das Institut bietet Bachelor- und Masterstudiengänge nach deutscher Ingenieursausbildung an. Zudem fand im selben Monat in Astana das Deutsch-Kasachische Hochschulforum statt, bei dem Hochschulrektorinnen und -rektoren beider Länder zusammenkamen und mehrere Kooperationsvereinbarungen sowie Memoranden unterzeichnet wurden. Seit 2023 betreibt auch das Land Sachsen ein akademisches Verbindungsbüro in Taschkent, um die Kooperationen zwischen sächsischen und usbekischen Hochschulen mit dem Ziel der Fachkräfteanwerbung zu intensivieren.

Die Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten kann zum Teil auf deutschen Wissenschaftseinrichtungen aufbauen, die bereits vor 2022 in der Region etabliert wurden. Von besonderer Bedeutung ist hier die Deutsch-Kasachische Universität (DKU), 1999 als private Universität nach kasachischem Recht gegründet und vom DAAD aus Mitteln des BMBF bzw. des Auswärtigen Amtes finanziert. Die DKU bietet Bachelor- und Masterstudiengänge in den Wirtschafts-, Sozial- und Ingenieurwissenschaften an, darunter auch Double-Degree-Programme, die in Zusammenarbeit mit deutschen Hochschulen durchgeführt werden. Zudem ist die deutsche und englische Sprachausbildung ein zentraler Bestandteil der Curricula. Das gemeinsam vom GFZ Helmholtz-Zentrum für Geoforschung und der kirgisischen Regierung gegründete Zentralasiatische Institut für Angewandte Geowissenschaften (ZAIAG) arbeitet seit 2004 in Bischkek mit den Schwerpunkten Klimawandelfolgen und Wasserressourcenmanagement. Das Kirgisisch-Deutsche Institut für Angewandte Informatik konzentriert sich auf die Hochschulausbildung in Informatik und wird von der Westsächsischen Hochschule Zwickau unterstützt. Darüber hinaus wurde 2019 im Rahmen einer BMBF-Fördermaßnahme das Central Asia Sustainable Innovation Bureau (CASIB) in Almaty eröffnet, das ebenfalls an die Auslandsrepräsentanz der Martin-Luther-Universität Halle angegliedert ist und somit auch eine universitäre Schnittstelle für die Region darstellt.

Während sich zwar eine Ausweitung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen von Delegationsreisen und neuen Vereinbarungen nach 2022 konstatieren lässt, schlägt sich dies bislang nur begrenzt in der Anzahl der tatsächlichen Kooperationen zwischen Hochschulen nieder. Zwischen deutschen und kasachischen bzw. usbekischen Hochschulen bestanden im Jahr 2023 95 bzw. 48 Kooperationen, was lediglich eine leichte Zunahme (von 90 bzw. 37) verglichen mit dem Jahr 2021 darstellt. Allerdings ist die individuelle Studierendenmobilität aus Kasachstan und Usbekistan bemerkenswert: Seit 2019 ist die Anzahl der Studierenden aus beiden Ländern in Deutschland kontinuierlich gestiegen und hat nun einen neuen Höchststand erreicht. Für Kirgisistan gilt, dass sowohl die Zahl der Hochschulkooperationen als auch die individuelle Studierendenmobilität auf einem gleichbleibenden Niveau verharrt, mit abnehmender Tendenz<sup>13</sup>.

### Perspektiven für die akademische Kooperation mit zentralasiatischen Ländern

Angesichts der unzureichenden Finanzierung für Wissenschaft und Hochschulbildung von staatlicher Seite in Zentralasien eröffnet sich ein breites Feld für internationale Geldgeber in diesen Bereichen. Allerdings können sie die Rolle des nationalen Staats nicht ersetzen, sondern sie sollten vielmehr eine unterstützende Ergänzung sein. Trotz weitreichender Unterschiede zwischen den Ländern erscheint ein regionaler Ansatz von deutscher Seite im Hinblick auf die praktische und finanzielle Umsetzung sinnvoll. Der deutsche Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen internationalen Akteuren liege, so stellen Conrad et al. (2023, S. 3) fest, „in dem Angebot fairer und gleichberechtigter Kooperationen, von denen beide Seiten gleichermaßen profitieren“.

Bereits bestehende akademische Kooperationsprojekte zwischen Deutschland und den zentralasiatischen Ländern bieten eine solide Grundlage für den Ausbau der wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Vor Ort gibt es mehrere deutsche Wissenschaftsinstitutionen, die als „Leuchtturmprojekte“ in dieser Hinsicht dienen können, wie die DKU in Almaty mit ihrem breiten Profil in der Hochschulausbildung. Um das Potenzial der DKU und weiterer Institutionen in der Region voll auszuschöpfen, ist eine planbare und nachhaltige finanzielle Förderung unerlässlich. Auch die Autorinnen und Autoren eines Positionspapiers zu Zentralasien (vgl. Conrad et al. 2023) betonen die Bedeutung langfristiger Förderung für die Schaffung von Leuchttürmen.

Bei der Gestaltung konkreter Programmformate könnte eine Orientierung an staatlichen Programmen von Vorteil sein. Durch die Verknüpfung deutscher Förderangebote mit bestehenden Programmen vor Ort ließen sich Strukturen für eine langfristige Zusammenarbeit schaffen. Zudem könnte der verstärkte Ausbau von Double-Degree-Programmen zwischen zentralasiatischen und deutschen Hochschulen – gestützt durch insbesondere seit 2022 geschlossene Memoranden – zur Etablierung nachhaltiger Kooperationsstrukturen beitragen.

Die deutsche Kooperation mit der Region konzentriert sich vorrangig auf die Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie die Informatik. In diesen Bereichen können zentralasiatische Hochschulen und Forschungsinstitutionen insbesondere durch spezifische geologische Ausgangslagen vor Ort einen Mehrwert für die deutsche Seite bieten, z. B. im Bereich der Ökologie (vgl. Conrad et al. 2023). Darüber hinaus kann aber auch die Förderung von Geistes- und Sozialwissenschaften aufgrund der chronischen Unterfinanzierung in zentralasiatischen Ländern gewinnbringend für die Wissenschaftslandschaft vor Ort sein.

Der Auf- und Ausbau von Programmen und Projekten sollte unter der Berücksichtigung erfolgen, dass

---

<sup>13</sup> HSI-Monitor, Profildaten zur Hochschulinternationalität, URL: <https://www.hsi-monitor.de/>.

Wissenschaftskooperationen durch Normalisierungs- und Legitimierungseffekte zu einer Stärkung autoritärer Regime beitragen können. Daher müssen deutsche Kooperationspartner und Mittelgeber im Kontext der politischen Situation in den zentralasiatischen Ländern für diese Problematik sensibilisiert werden: Die Grundannahme des Wertetransfers durch Zusammenarbeit in Forschung und Hochschulbildung kann in der aktuellen Weltlage nicht mehr handlungsleitend sein.

## Literatur

Ambasz, Diego et al. (2023): Towards Higher Education Excellence in Central Asia. A Roadmap for Improving Quality of Education and Research through Regional Integration. Washington, D.C: World Bank Group. URL: <http://documents.worldbank.org/curated/en/099101023140578441>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

Bitabarova, Assel (2016): Zentralasien mit den Augen Chinas. Wissensproduktion, akademische Wahrnehmung und Folgen für die Politik. In: Zentralasien-Analysen, 100, S. 2-5.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2023): Rahmenbekanntmachung für Förderung von Projekten in der Forschungs- und Innovationszusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Zentralasiens. URL: <https://www.bmftr.bund.de/SharedDocs/Bekanntmachungen/DE/2023/10/2023-10-19-Bekanntmachung-Zentralasien.html?nn=912672>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

Chankseliani, Maia (2023): Who funds the production of globally visible research in the Global South?. In: Scientometrics, 128, S. 783-801. URL: <https://doi.org/10.1007/s11192-022-04583-4>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

Conrad, Christopher et al. (2023): Zentralasien – den regionalen und globalen Herausforderungen begegnen. Positionspapier deutscher Forschungs-, Mittler- und Förderorganisationen mit Empfehlungen für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Zentralasien in Wissenschaft, Forschung und Bildung. URL: [https://geoeko.geo.uni-halle.de/wp-content/uploads/2023/12/2023-11-23\\_Zentralasien-Den-regionalen-und-globalen-Herausforderungen\\_final.pdf](https://geoeko.geo.uni-halle.de/wp-content/uploads/2023/12/2023-11-23_Zentralasien-Den-regionalen-und-globalen-Herausforderungen_final.pdf), letzter Zugriff: 27.11.2025.

Kinzelbach, Katrin et al. (2025): Academic Freedom Index – 2025 Update. URL: <https://doi.org/10.25593/open-fau-1637>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

Tass.ru (2023): В МИД РФ сообщили, что в странах Центральной Азии откроют филиалы ведущих российских вузов [Das Außenministerium der Russischen Föderation teilte mit, dass in den Ländern Zentralasiens Zweigstellen führender russischer Hochschulen eröffnet werden sollen]. URL: <https://tass.ru/obschestvo/17755981>, letzter Zugriff: 07.11.2025.

## Russland und Belarus

### Überblick

Der russische Überfall auf die Ukraine führte zu einem Abbruch der institutionellen Wissenschaftsbeziehungen mit Russland und Belarus, die Aufrechterhaltung dieser Entscheidung bleibt angesichts des anhaltenden Kriegs richtig. In beiden Ländern sind Wissenschaft und Hochschulbildung stark politisiert und ideologisch kontrolliert; akademische Freiheit existiert faktisch nicht, und Universitäten werden zunehmend für militärische und propagandistische Zwecke instrumentalisiert. Nicht zuletzt auch vor diesem Hintergrund erscheinen Kooperationen mit russischen und belarussischen Institutionen nicht sinnvoll. Für den Erhalt von Expertise über Belarus und Russland kann der Austausch mit einzelnen russischen bzw. belarussischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Drittstaaten eine wichtige Rolle spielen.

### Abbruch der Wissenschaftsbeziehungen als tiefer Einschnitt in der akademischen Kooperation

Die akademischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zeichneten sich bis zum russischen Überfall auf die Ukraine durch ein breites Spektrum institutioneller Kooperationen, Studierendenmobilität sowie zahlreiche gemeinsame Forschungsprojekte über verschiedene Disziplinen hinweg aus. Im Jahr 2021 gab es 935 Kooperationen zwischen deutschen Hochschulen und russischen Partnereinrichtungen; damit belegte Russland den dritten Platz nach den USA und China<sup>14</sup>. Insgesamt kamen im Jahr 2021 über 10.000 Studierende aus Russland nach Deutschland. Die disziplinäre Breite der wissenschaftlichen Kooperation lässt sich beispielsweise an den sieben Leuchtturmprojekten im Rahmen des Deutsch-Russischen Themenjahres der Hochschulkooperation und Wissenschaft 2018–2020 ablesen, die von Literatur- über Umwelt- bis hin zu Ingenieurwissenschaften reichten (vgl. DAAD 2020). Gleichzeitig zeigt sich die Bedeutung Russlands für die deutsche Wissenschaft insbesondere in solchen Forschungsgebieten, in denen Russland als Kooperationspartner als unverzichtbar galt. So ist für die Polar- und Klimaforschung allein schon der räumliche Zugang zum flächenmäßig größten Land der Erde entscheidend (vgl. Schmitt/Scholz 2022a; Becht 2022).

Für die individuelle Mobilität lässt sich festhalten, dass die bilateralen Beziehungen für die russische Seite von größerer Bedeutung waren als für die deutsche. So wurden im Jahr 2021 durch den DAAD 708 Studierende, Graduierte sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland in Russland gefördert, während umgekehrt mehr als 3.000 DAAD-Geförderte aus Russland in Deutschland studieren konnten (vgl. DAAD KIWi 2022). Belarus nahm für die deutsche Hochschul- und Wissenschaftslandschaft eine untergeordnete Rolle ein. Seit fast zwanzig Jahren bewegt sich die Anzahl der Hochschulkooperationen mit Belarus auf einem gleichbleibenden Niveau zwischen 40 und 60. Ebenso ist die Anzahl von Studierenden aus Belarus in Deutschland gleichbleibend bei circa 1.200<sup>15</sup>. Der DAAD förderte auch schon vor 2022 weniger als 100 Personen aus Deutschland, die nach Belarus gingen; im Jahr 2022 waren es nur noch zwei (vgl. DAAD KIWi 2023).

Auch im Lichte der internationalen Spannungen nach der Krimannexion wurde der akademische Austausch mit Russland weiterhin als eine Möglichkeit gesehen, in Kontakt zu bleiben. Im September 2014 wurde die binationale Hochschule Deutsch-russisches Institut für innovative Technologien eröffnet, die in Kasan für russische Studierende Ingenieursstudiengänge nach deutschen Standards anbot. Unter den veränderten politischen Bedingungen wurde damit auf „Kontinuität in den Bildungs-

---

<sup>14</sup> HSI-Monitor, Profildaten zur Hochschulinternationalität, URL: <https://www.hsi-monitor.de/>.

<sup>15</sup> Ebd.

und Wissenschaftsbeziehungen“ (Brisch 2014) mit Russland gesetzt.

Der Abbruch der Wissenschaftsbeziehungen mit Russland nach dem Angriff auf die Ukraine war ein maßgeblicher Einschnitt für beteiligte Institutionen und persönliche Kontakte, für die Bereitstellung von Forschungsdaten und letztendlich auch für die Möglichkeit zur Gewinnung gemeinsamer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Einen Tag nach der russischen Völlinvasion verkündete das damalige Bundesministerium für Bildung und Forschung das Einfrieren und die kritische Überprüfung aller „laufenden und geplanten Maßnahmen mit Russland“ und Belarus (Internationales Büro 2022). Die Allianz deutscher Wissenschaftsorganisationen unterstützte die Linie der Bundesregierung und empfahl ebenfalls, jegliche wissenschaftliche Kooperation mit staatlichen Institutionen und Wirtschaftsunternehmen in Russland einzufrieren und keine neuen Forschungsprojekte zu initiieren (vgl. Allianz der Wissenschaftsorganisationen 2022). Die individuelle Förderung russischer und belarussischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierender durch deutsche Wissenschaftsorganisationen wird fortgesetzt. Deutsche Hochschulen folgen den Empfehlungen der Bundesregierung und der Allianz der Wissenschaftsorganisationen (vgl. Forschung & Lehre 2022).

Die deutsche Reaktion wurde international als besonders prägnant wahrgenommen. So schreibt Benjamin Plackett (2022) in Nature: „The German government has taken one of the most hawkish approaches“. Dies bezieht sich jedoch vor allem auf die Geschwindigkeit, mit der über den Abbruch institutioneller Beziehungen entschieden wurde, nicht auf deren Qualität. Viele andere europäische Länder haben die Wissenschaftskooperationen mit Russland ebenfalls vollständig beendet; die offizielle Bekanntgabe erfolgte lediglich einige Tage später. Auch die EU setzte die Förderung neuer Kooperationsprojekte mit russischen Einrichtungen sowie alle laufenden Projekte aus, behält jedoch die Individualförderung für russische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende in EU-Programmen grundsätzlich bei.

### Die Lage von Wissenschaft und Hochschulbildung in Belarus und Russland

Sowohl in Belarus als auch in Russland ist die Lage der Wissenschaft und Hochschulbildung in jeglicher Hinsicht dramatisch. Akademische Freiheit und wissenschaftliches Arbeiten nach europäischen Standards existieren in beiden Ländern nicht. Bereits vor der russischen Völlinvasion der Ukraine waren eine zunehmende Einschränkung der akademischen Freiheit sowie wachsender ideologischer Druck auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende zu verzeichnen (vgl. Dubrovskiy 2025). Dies gilt besonders für Belarus, wo seit den Demonstrationen im Jahr 2020 der staatliche Druck auf Hochschuleinrichtungen und wissenschaftliche Institutionen sowie Repressionen stark zugenommen haben (vgl. Rohava 2024).

Mittlerweile durchdringt das Regime Putins in Russland die Hochschulbildung und Wissenschaft vollständig. Repressive Gesetze setzen den Rahmen für wissenschaftliches Arbeiten. Schon die Gesetze zu „ausländischen Agenten“ und „unerwünschten ausländischen Organisationen“ aus dem Jahr 2015 haben die Möglichkeiten für internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit westlichen Ländern, stark eingeschränkt (vgl. Dubrovskiy 2025). Mit der Verabschiedung der Gesetze zur Verbreitung von vermeintlichen Falschinformationen über die russische Armee ziehen Aussagen zum Krieg, die nicht dem offiziellen Narrativ entsprechen, strafrechtliche Maßnahmen nach sich. Insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften unterliegen nicht zuletzt hierdurch einer starken ideologischen Kontrolle durch das Regime. Kurse über die Grundlagen der russischen Staatlichkeit und zur Geschichte Russlands sind mittlerweile verpflichtend für Studierende an russischen Hochschuleinrichtungen.

Darüber hinaus wurden weitgehende Strukturen zur Sicherung von regimetreuem Verhalten an

Universitäten geschaffen. Sicherheitsdienste überwachen gezielt das Verhalten von Studierenden und Personal, z. B. durch Kontrolle von Online-Aktivitäten und das Besuchen von Lehrveranstaltungen (vgl. Dubrovskiy 2024, S. 23 f.). Sowohl in Russland als auch in Belarus gibt es mittlerweile an Universitäten Vizerektoren, die vom jeweiligen Inlandsgeheimdienst gestellt werden und für die Überprüfung der Studierenden und Dozierenden im Hinblick auf ihre Loyalität zum Regime zuständig sind (vgl. Turarbekava 2022, S. 7; Dubrovskiy 2024, S. 23). Erst im Juni 2025 wurde ein Gesetz erlassen, demzufolge der Inlandsgeheimdienst FSB die Interaktionen russischer Universitäten mit ausländischen Institutionen und Personen überprüft (vgl. Meduza 2025).

Die Hochschulen werden in diesem Kontext auch für den Krieg gegen die Ukraine instrumentalisiert. Chirikov (2023) identifiziert drei Bereiche der Militarisierung und ideologischen Instrumentalisierung von russischen Hochschulen („weaponization“): Erstens leisten Universitäten eine aktive Unterstützung der Kriegsführung, beispielsweise durch Fundraisingaktivitäten zum Erwerb von Drohnen und Partnerschaften im Rahmen der Russifizierung von Universitäten in besetzten ukrainischen Gebieten. Zweitens tragen Hochschulen zur ideologischen Legitimation des Kriegs bei, etwa durch die Glorifizierung von Studierenden und Lehrenden mit Kriegserfahrung sowie die Einführung der oben genannten Pflichtkurse. Drittens werden kritische oder Antikriegsstimmen systematisch unterdrückt. Über die Instrumentalisierung der Hochschulen und einzelner Wissenschaftsdisziplinen hinaus agitieren einige Wissenschaftsakteure auch als aktive Unterstützer und erbringen in einer Art Hyperloyalität eigene ideologische Leistungen für das Regime (vgl. beispielsweise für die Archäologie Parzinger 2025).

Auch in Belarus sind politische Repressionen, die strafrechtliche Verfolgung von Studierenden und Hochschulangehörigen, die staatliche Kontrolle über Lehrpläne sowie eine zunehmende ideologische Indoktrination und Militarisierung an der Tagesordnung (vgl. Rohava 2024, S. 18). Seit den Massenprotesten im Jahr 2020 sind die Repressionen gegen akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Studierende systematischer Natur (vgl. Turarbekava 2022). Sie zielen dabei nicht mehr nur auf die Sicherstellung von Loyalität zum Regime, „sondern auf eine vollständige Unterdrückung und Ausgrenzung jeglichen Andersdenkens innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft“ (Shadurski et al. 2024, S. 2).

Angesichts der dramatischen Umstände für wissenschaftliches Arbeiten sowohl in Belarus als auch in Russland haben viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende ihre Heimat verlassen. Die Datenlage für die Emigration ist aufgrund von mangelnden Erfassungsmöglichkeiten und Definitionsunterschieden schwierig. Die große Nachfrage nach Unterstützungsangeboten von belarussischen Studierenden und Lehrkräften in EU-Mitgliedstaaten nach der Zerschlagung der Demonstrationen von 2020 lässt allerdings ein hohes Ausmaß vermuten (vgl. Turarbekava 2022). Für Russland stellt Kalgin (2024, S. 9) fest: „Die Zahl der emigrierten Wissenschaftler:innen ist erheblich und liegt in den Zehntausenden.“

Während die russische Vollinvasion der Ukraine zu einem Abbruch der Wissenschaftsbeziehungen vonseiten vieler westlicher Länder führte, isolieren sich auch die beiden Regime zunehmend von internationalen, westlich geprägten Wissenschaftsstrukturen. Dieser Prozess knüpft an Isolierungsbemühungen seit den frühen 2010er Jahren an, die darauf ausgerichtet sind, die Gesellschaften – und damit auch ihre Wissenschaftslandschaften – von äußeren, insbesondere westlichen Einflüssen abzugrenzen. Für Russland bezeichnet Dubrovskiy (2025) die aktuellen Entwicklungen als „Deglobalisierung“ der russischen Hochschulbildung und Wissenschaft.

Ein zentraler Ausdruck der zunehmenden Isolierung von Russland und Belarus ist die Suspendierung der beiden Länder vom Europäischen Hochschulraum im April 2022; Russland und Belarus waren seit 2003 bzw. 2015 Mitglieder des Bologna-Prozesses. Russland kündigte daraufhin an, ein eigenes Bildungssystem auf nationaler Ebene zu entwickeln, ab September 2026 werden Universitäten auf ein neues Hochschulsystem umstellen (vgl. RIA Novosti 2025). Diese Abkehr von europäischen Standards spiegelt sich auch in der Einstufung der EU-Mitgliedstaaten und weiterer europäischer Länder sowie der USA als sogenannte unfreundliche Staaten, die sowohl Belarus als auch Russland vorgenommen haben. Jegliche Kooperation soll auf einem Minimum gehalten werden (vgl. Rudenkin 2023; Shadurski et al. 2024, S. 4).

Die Einbindung von Hochschulbildung und Wissenschaft beider Länder in westliche Strukturen hat zwar durch den Abbruch akademischer Beziehungen seitens westlicher Partner einen erheblichen Rückschlag erlitten, was insbesondere für Russland gilt. Maßnahmen des russischen und des belarussischen Regimes verstärken diese Entwicklung jedoch noch weiter (vgl. Rudenkin 2023), nicht zuletzt auch angesichts der Intensivierung der Kooperation mit chinesischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

### Anhaltende Konfrontation als wahrscheinliche Konstante

Die russische Vollinvasion der Ukraine liegt nun schon fast vier Jahre zurück, der Krieg dauert weiterhin an. Die Entscheidung deutscher Wissenschafts- und Hochschulinstitutionen, jegliche Beziehungen mit Russland und Belarus abzubrechen, ist angesichts des fortdauernden Völkerrechtsbruchs weiterhin aktuell. Als wichtiges Zeichen für die Ablehnung des Kriegs bleibt die Aufrechterhaltung dieser Entscheidung richtig. Sowohl für die Ukraine als auch für andere europäische Partnerländer ist diese Haltung Deutschlands relevant; jegliche Form der Zusammenarbeit mit Russland unter den aktuellen Umständen würde negative Reaktionen aus den Partnerländern hervorrufen.

Vor dem Hintergrund der extremen Politisierung von Wissenschaft und Hochschulbildung erscheinen Kooperationen mit Russland und Belarus derzeit nicht sinnvoll. Wissenschaft und Hochschulbildung werden für politische Zwecke instrumentalisiert; akademische Freiheit ist in beiden Ländern nicht gegeben. Unter diesen Umständen kann kein gewinnbringender wissenschaftlicher Austausch stattfinden. Die Idee der Nutzung von Hochschulen als Instrumente der Civic Diplomacy und als mögliche Back Channels zur (Wieder-)Aufnahme von Kontakten erscheint unter den aktuellen Bedingungen illusorisch. Darüber hinaus ergeben sich angesichts der Konfrontation mit Russland Überlegungen, die insbesondere sicherheitsrelevante Forschung betreffen: Das russische Regime sieht sich im Krieg mit dem Westen und nutzt diverse Instrumente, um den Westen, insbesondere die EU, zu schwächen. In diesem Kontext muss auch jeglicher Wissenschaftsaustausch gesehen werden.

Das Aussetzen der Zusammenarbeit mit Russland und Belarus führt kurz- und mittelfristig zu einem Wissensverlust über Entwicklungen vor Ort und damit zu einem Mangel an Expertise zu den beiden Ländern. Gerade angesichts der Konfrontationssituation mit Russland und Belarus liegt es aber im Interesse Deutschlands, Entwicklungen in den Ländern weiterhin systematisch verfolgen und analysieren zu können. Eine Möglichkeit, Informationen aus erster Hand zu erhalten, besteht im Austausch mit einzelnen russischen bzw. belarussischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Drittstaaten. Der Kontakt über Drittstaaten ist insofern sinnvoll, als dadurch die Sicherheit von Menschen aus Russland bzw. Belarus nicht gefährdet wird. Als Plattformen für einen solchen Austausch könnten beispielsweise binationale Universitäten mit deutscher Beteiligung dienen, etwa die Deutsch-Kasachische Universität in Almaty.

Neben individuellen Kontakten zu im Land verbliebenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, ggf. über Drittstaaten, bleibt der Umgang mit geflohenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Studierenden aus Russland und Belarus politisch relevant. Mittelfristig ist davon auszugehen, dass die Regime ihre Repressionen gegenüber Andersdenkenden im Wissenschafts- und Hochschulbereich nicht lockern, sondern eher verschärfen werden. Angesichts mangelnder Rückkehrmöglichkeiten erscheint es daher sinnvoll, im Exil lebende Studierende und Forschende in den deutschen bzw. europäischen Forschungsraum zu integrieren. Petrov (2024) empfiehlt den „Aufbau einer Infrastruktur [...], um das Potenzial der emigrierten Wissenschaftler:innen maximal auszuschöpfen“. Bei der Unterstützung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler muss allerdings das Risiko von Infiltrationen und Wissenschaftsspionage so weit wie möglich ausgeschlossen werden<sup>16</sup>.

## Literatur

- Allianz der Wissenschaftsorganisationen (2022): Stellungnahme. Allianz der Wissenschaftsorganisationen: Solidarität mit Partnern in der Ukraine – Konsequenzen für die Wissenschaft. URL: <https://www.dfg.de/resource/blob/175674/83bafc06614543862f9ef456cecd47ea/220225-statement-allianz-ukraine-data.pdf>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Becht, Oliver (2022): Russlands Wissenschaft muss in die Isolation. In: FAZ.net, 06.03.2022. URL: <https://www.faz.net/aktuell/wissen/forschung-politik/forschungseinrichtungen-beenden-auf-breiter-front-die-kooperation-mit-russland-17853184.html>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Brisch, Benedikt (2014): Deutsch-russische Hochschule. Kontinuität in den Wissenschaftsbeziehungen, Benedikt Brisch im Gespräch mit Regina Brinkmann. In: Deutschlandfunk, 02.09.2014. URL: <https://www.deutschlandfunk.de/deutsch-russische-hochschule-kontinuitaet-in-den-100.html>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Chirikov, Igor (2023): The Weaponization of Russian Universities: A Neo-Nationalism and University Brief. Research & Occasional Paper Series, CSHE, Ort. URL: <https://escholarship.org/uc/item/8158m811>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- DAAD (2020): Deutsch-russisches Themenjahr. Deutsch-russische Wissenschaftsprojekte geehrt. URL: <https://www.daad.de/de/pressemitteilungen/deutsch-russisches-themenjahr/>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- DAAD KIWi (2022): Russische Föderation. Kurze Einführung in das Hochschulsystem und die DAAD-Aktivitäten 2022, DAAD Globus Länderbericht, September 2022. Bonn.
- DAAD KIWi (2023): Belarus 2023, DAAD Globus Länderbericht kurz, Oktober 2023. Bonn.
- Dubrovskiy, Dmitry (2024): The State of Academic Freedom in Russia 2022-2024. In: Science at Risk: Academic Freedom in Russia: State Repression and its Influence on Academic Practice, 12/2024. Ort: Verlag. S. 17-26. URL: <https://science-at-risk.org/monitoring-reports/>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Dubrovskiy, Dmitry (2025): The slow-motion collapse of Russian higher education, OVD-Info, 21.05.2025. URL: <https://ovd.info/en/2025/05/21/slow-motion-collapse-russian-higher-education>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Forschung & Lehre (2022): Immer mehr deutsche Hochschulen wenden sich von Russland ab. URL: <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/immer-mehr-deutsche-hochschulen-wenden-sich-von-russland-ab-4482>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

---

<sup>16</sup> Hosaka (2025) weist darauf hin, wie Russland offene Forschungs- und Bildungsumgebungen für Spionage und Einflussnahme ausnutzt.

- Hosaka, Sanshiro (2025): Russian espionage in academia needs to be properly studied. In: University World News, 24.09.2025. URL: <https://www.universityworld-news.com/post.php?story=20250923113147792>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Internationales Büro (2022): Russische Föderation und Belarus. Statement vom 25. Februar 2022. URL: [https://www.internationales-buero.de/de/russische\\_foederation.php](https://www.internationales-buero.de/de/russische_foederation.php), letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Kalgin, Alexander (2023): Emigration von Wissenschaftler:innen aus Russland: Kollektive und individuelle Strategien. In: Russland-Analysen, 436, S. 9-13. Berlin.
- Meduza (2025): Putin signs law giving FSB oversight of Russia's scientific collaboration abroad. URL: <https://meduza.io/en/news/2025/06/24/putin-signs-law-giving-fsb-oversight-of-russia-s-scientific-collaboration-abroad>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Parzinger, Hermann (2025): Wie Putin zum Skythenkönig wurde. In: FAZ.net, 27.08.2025. URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/russlands-kulturkrieg-wie-putin-zum-skythenkoenig-wurde-accg-110656996.html>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Petrov, Nikolay (2024): Das Leben russischer Wissenschaftler:innen als „Relokant:innen“ in Deutschland. In: Russland-Analysen, 445, S. 36-42. URL: <https://doi.org/10.31205/RA.445.03>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Plackett, Benjamin (2022): The future of research collaborations involving Russia. In: Nature, 18.03.2022. URL: <https://doi.org/10.1038/d41586-022-00761-9>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Rohava, Maryia (2024): The triple challenge to academic freedom in Belarus: the impact of repression, ideological indoctrination, and isolation. 2020-2024. In: Science at Risk: Academic Freedom in Belarus: State Repression and its Consequences at Home and Abroad, 12/2024. Ort: Verlag. S. 17-29. URL: <https://science-at-risk.org/wp-content/uploads/2025/11/science-at-risk-monitoring-report-belarus-2024-web.pdf>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- RIA Novosti (2025): Вузы перейдут на обновлённую систему образования в 2026 году [Hochschulen werden 2026 auf das neue Bildungssystem umgestellt]. URL: <https://ria.ru/20250107/obrazovanie-1992703583.html>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Rudenkin, Dmitry (2023): How the Kremlin's politics are aggravating the crisis facing those scientists who remain in Russia. Center for Independent Social Research. URL: <https://cisrus.org/2023/09/03/science-war/>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Schmitt, Stefan/Scholz, Anna-Lena (2022a): Der Schnitt. In: Die Zeit, 18. URL: <https://www.zeit.de/2022/18/sanktionen-russland-wissenschaft-auswirkungen>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Schmitt, Stefan/Scholz, Anna-Lena (2022b): Sind die Wissenschaftssanktionen gegen Russland richtig?. In: Die Zeit, Nr. 15. URL: <https://www.zeit.de/2022/15/russland-wissenschaft-sanktion-universitaeten-debatte>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Shadurski, Victor et al. (2024): Repressionen in der belarussischen Wissenschaft: vom August 2020 bis Oktober 2023. In: Belarus-Analysen, 71. URL: <http://doi.org/10.31205/BA.071.01>, letzter Zugriff: 27.11.2025.
- Turarbekava, Rosa (2022): Die Wissenschaft in Belarus zwischen Repression und Emigration. In: Belarus-Analysen, 61. URL: <https://d-nb.info/1366728394/34>, letzter Zugriff: 27.11.2025.

## Abschließende Bemerkungen zur Rolle von deutschen Hochschulen

Hochschulen in Deutschland verfügen über ein ausgezeichnetes Renommee in den Ländern der postsowjetischen Region, das nach 1990 (teilweise auch davor) durch enge Zusammenarbeit aufgebaut wurde. Deutschland ist ein beliebtes Ziel für Studierende und Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Das Papier zeigt, dass für deutsche Hochschulen eine differenzierte Betrachtung der akademischen Zusammenarbeit mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erforderlich ist. Erfolgreiche Kooperationen setzen stabile institutionelle Partnerschaften, Wissenschaftsfreiheit, verlässliche Finanzierungsmodelle sowie eine Sensibilität für politische und kulturelle Rahmenbedingungen voraus. Eine enge Verzahnung von Forschung und Lehre sowie Mobilität kann dazu beitragen, langfristige Beziehungen aufzubauen und akademische Innovationen zu fördern. Die Hochschulkooperation mit den Ländern der Region erfordert dabei nicht nur strategische Planung auf institutioneller Ebene, sondern auch eine aktive Gestaltung persönlicher Netzwerke, eine professionelle Unterstützung durch die International Offices und innovative Studiengangkooperationen. Folgende Empfehlungen richten sich an Hochschulen in Deutschland und andere Akteure im Hochschulbereich:

- Unter den aktuellen Umständen ist keine institutionelle Kooperation mit russischen oder belarussischen Einrichtungen möglich. Es kann keine Kooperation mit Staaten geben, die völkerrechtswidrige Kriege führen oder direkt unterstützen. Mit den anderen Ländern des betrachteten Raums sollten deutsche Hochschulen langfristige Partnerschaften aufbauen, die über Projektlaufzeiten hinaus Bestand haben. Langfristige Zusammenarbeit basiert auf gegenseitigem Vertrauen, Transparenz und der Bereitschaft, kulturelle und akademische Unterschiede konstruktiv zu nutzen.
- Neben bilateralem Austausch und Forschungsk Kooperationen zwischen Hochschulen in Deutschland und der Region ist es wichtig, dass die Förderung der internationalen Zusammenarbeit mit bestimmten Ländern des postsowjetischen Raums als gesamteuropäische Aufgabe begriffen wird. Dies gilt aktuell insbesondere für die Ukraine.
- Bezüglich der Förderkulisse sollten Förderorganisationen darauf achten, dass Förderprogramme auf der einen Seite nicht zu sehr konjunkturellen, rasch wechselnden Förderschwerpunkten unterworfen, sondern langfristig angelegt werden. Auf der anderen Seite sollten die Förderschwerpunkte den politischen positiven oder negativen Dynamiken in den Kooperationsstaaten flexibel Rechnung tragen. Das gilt aktuell insbesondere für die europäische Annäherung Armeniens und die Abkehr Georgiens.
- Angesichts der Autokratisierungstendenzen vieler Länder des postsowjetischen Raums wird es in mittel- bis langfristiger Hinsicht wichtiger, individuelle Fördermöglichkeiten durch den Aufenthalt von Studierenden und Forschenden aus dem östlichen Europa zu eröffnen. Dementsprechend braucht Deutschland Strukturen und Unterstützungsangebote, die es Studierenden und Forschenden (nicht nur) aus Osteuropa ermöglichen, sich leichter zu integrieren und bei Wunsch und Eignung eine attraktive wissenschaftliche und berufliche Karriere in Deutschland zu verfolgen. Dazu ist es unter anderem notwendig, dass Hochschulen über entsprechende Ressourcen zur Integration ausländischer Studierender verfügen und dass die Auslandsvertretungen Deutschlands bei der Visavergabe schneller werden.
- Die weitere Entwicklung der in diesem Papier skizzierten Region ist fundamental für die zukünftige Sicherheit und Prosperität Deutschlands und Europas. In politischer und gesellschaftlicher Hinsicht

ist ein hohes Maß an Kompetenz über die hier skizzierten zwölf Staaten gefordert. Dabei ist auch für die Reflexion der internationalen Wissenschaftskooperation mit den Staaten des postsowjetischen Raums regionale Expertise zum östlichen Europa an deutschen Universitäten vonnöten. Eine weitere universitäre institutionelle Ressourceneinschränkung der Osteuropaforschung im universitären Bereich erhöht dabei das Risiko von Fehlinterpretationen über die Zukunft Europas, die aktuell erheblich auf dem Areal der ehemaligen Sowjetunion bestimmt wird.

## Anhang

### Liste der zu einzelnen Sitzungen hinzugeladenen weiteren Expertinnen und Experten

Prof. Dr. Olga Garaschuk mit Nataliya Butych	Deutsch-Ukrainische Akademische Gesellschaft
Dr. Berthold Neizert	Max-Planck-Gesellschaft
Dr. Christian Schaich	Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien
PD Dr. Zaur Gasimov	Türkisch-Deutsche Universität Istanbul
Dr. Arpine Maniero	Collegium Carolinum
Prof. Dr. Oliver Reisner	Ilia State University
Maryia Rohava	Unabhängige Analystin
Dr. Dmitry Dubrowskiy	Karls-Universität Prag
Dr. Vasile Dumbrava	Moldova-Institut Leipzig
Florian Frank	Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt, Referat 212

### Tagesordnungen der Ausschusssitzungen

#### **1. Sitzung des Ausschusses am 27. November 2023**

TOP 1 Begrüßung

TOP 2 Rahmenbedingungen der Ausschussarbeit

TOP 3 Inhaltliche Fokussierung des Ausschusses

TOP 4 Arbeitsprogramm des Ausschusses (inklusive Zielgruppe, Zielformat, Zeitplan)

TOP 5 Verschiedenes

#### **2. Sitzung des Ausschusses am 5. Februar 2024**

TOP 1 Begrüßung

TOP 2 Standortbestimmung des Ausschusses

TOP 3 Wissenschaft in der Zeitenwende (mit Dr. Berthold Neizert, Leiter der Abteilung Forschungspolitik und Außenbeziehungen der Max-Planck-Gesellschaft)

TOP 4 Wissenschaftsbeziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland (mit Prof. Dr. Olga Garaschuk, Universität Tübingen, Präsidentin der Deutsch-Ukrainischen Akademischen Gesellschaft, und Nataliya Butych, Regionalkoordinatorin Mittel- und Osteuropa, Leibniz Universität Hannover)

TOP 5 Ausblick auf die folgenden Sitzungen

#### **3. Sitzung des Ausschusses am 3. September 2024**

TOP 1 Begrüßung

TOP 2 Beziehungen zu den zentralasiatischen Ländern

TOP 3 Gespräch mit Dr. Christian Schaich (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin)

TOP 4 Weitere Diskussion zu Zentralasien

TOP 5 Ausblick auf die weitere Ausschussarbeit

#### **4. Sitzung des Ausschusses am 16. Dezember 2024**

TOP 1 Begrüßung und Rückblick auf die vergangenen Sitzungen

TOP 2 Input und Diskussion zu Georgien (mit Prof. Dr. Oliver Reisner, Jean Monnet Professor für European & Caucasian Studies, Ilia State University)

TOP 3 Input und Diskussion zu Armenien (mit Dr. Arpine Maniero, Collegium Carolinum, München)

TOP 4 Input und Diskussion zu Aserbaidschan (mit PD Dr. Zaur Gasimov, Türkisch-Deutsche Universität Istanbul)

TOP 5 Ausblick auf die weitere Ausschussarbeit

#### **5. Sitzung des Ausschusses am 8. Juli 2024**

TOP 1 Begrüßung

TOP 2 Input und Diskussion zu Belarus (mit Maryia Rohava, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin)

TOP 3 Input und Diskussion zu Russland (mit Dr. Dmitry Dubrovskiy, Institute of International Studies, Karls-Universität Prag)

TOP 4 Input und Diskussion zu Hochschulperspektiven

TOP 5 Ausblick auf den Abschluss der Ausschussarbeit

#### **6. Sitzung des Ausschusses am 22. September 2025**

TOP 1 Begrüßung

TOP 2 Input und Diskussion zu Moldau (mit Dr. Vasile Dumbrava, Moldova-Institut Leipzig)

TOP 3 Austausch mit dem Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (mit Ministerialrat Florian Frank, Leiter des Referats „Zusammenarbeit mit den Staaten des östlichen Europas [ohne EU], Südkaukasus, Zentralasiens“)

TOP 4 Diskussion zu Akzeptanz/Loyalität/Hyperloyalität zum Regime in den russischen Wissenschaften

TOP 5 Abschluss der Ausschussarbeit